

ten nach anfänglichem
Helfersbesser, ein
ergriffen.

er Anfuhr des Ver-
unds, wie aus Ham-
n Hauptbahnhof der
verhätet. In seiner
rige Mädchen Anna
war in Berlin in
idchenhändler kennen
daß er sie mit nach
dort heiraten werde.
idchen in England zu
3 Dent lief bei der
elin ein, in dem um
rde.

avenhandel" zwischen
i. Er soll bereits zu
ach London gebracht
er englischen Haupt-
is Kunsthändler aus-
idchen, das bei einem
st seit einem halben
em Tanzlokal kennen
ein Liebesverhältnis
n gab deshalb Mitte
weil es seinem
folgen wollte. Die
mitgeteilt hatte, er-
ter, erzielte jedoch
das hiesige Polizei-
des Morgens nach
en auf dem Bahnhof
gen. Als er zurück-
ten der Hamburger
ement des Mädchen-

ch die Wellen eines
eines unbekannten
re Kopferhebungen
g (Sachsen) erschöpf
vom ersten Selbst-
vor seinem Selbst-
niemand wieder in

il. Heute früh kurz
aris eine gewaltige
chein, der über den
Zunächst wußte
ann wurde bekannt,
Gene von Saint
bis neunhundert
ich dort in Kellern
n waren 900 Be-
er ist gegen 10 Uhr
landen, der zwischen
nabau nach Saint
gefallen. Es wird
olite auf den öste-
raich die Magazine
von Landry be-
uchlich die überail
der dicke, übel-
en, und die drohen-
aufzugeben. Von
Tausende von Men-
drängte den un-
das Kellern expla-
eben mahnten die
er Katastrophe aus-
aus Saint Denis
Wagen und Auto-
dienst zu organi-

ung der Feuers-
ert. Es war bald
nige zum Bahnhof
e konnten geschü-
der sich über ein
fern sieht man die
nen. Eine Mauer
den zusammen, und
enden Petroleum-
ein Menschenleben
em Dache sprang,
epine und der
waren eine Stunde
in den umliegenden
ernnd zehntausend

ne Explosion, die
marinierten Heerbo-
die Luft und die
um die Flammen
rd abgegrenzt und
ein. Doch werden

h zwei Flaschen
ter erhalten, dem,
drittes hinzugefügt
es, das Dr. Em-
vorlag. In der
rungs, Blutarmut,
eberkrümpfung,
ntlich die Mutter
Kind ohne Wein
ungenommen zu-
urache eine hoch-
ah hier eine tö-
reicherung von To-
brung wiederholt,
aner früher auch
verordnet, wenn-
find.

inder schon auf
schamungsstrieb
ia, wie der Vater
naps trinkt und
der Frischhopsen
d Bier aus des
b sein, wenn das
n lundgibt, seine
ren, und Erchei-
r Nervosität sei-
Dann schieden die
verfälschten Er-
durch die Schule.
Nischen von der
i, wenn sie nicht
sonders schwerer
Wenn Krämpfe,
erdauungsorgane
in Sanje nicht
über das seitens
an dem Fall der
ja nicht einmal
it auch von Dä-

nie,
tel!

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich exklusive
Bestellgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Hernspreh-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 96.

Bielefeld, Montag, 26. April 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die konservative Kriegserklärung in der Finanzfrage.

Die Konservativen haben nunmehr am Sonnabend in der Finanzkommission des Reichstages den von Dr. Roschke und Graf Westarp angearbeiteten Antrag, die Erbschafts- bzw. Nachlasssteuer durch eine Reichswertzuwachssteuer zu ersetzen, eingebracht. Der Antrag deckt sich, von kleinem stilistischen Änderungen abgesehen, völlig mit dem von der „Neuzeitung“ und der „Konservativen Korrespondenz“ bereits veröffentlichten Entwurf.

Dem konservativen Vorstoß wohnt eine weit größere Bedeutung bei, als die konservativ-agrarischen Blätter zugeben wollen: es handelt sich um eine offene Kriegserklärung an Bismarck, der soeben noch erklärte, nicht von der Erbschaftssteuer ablassen zu wollen. Und die Junker haben es auch eilig, den Konflikt zum Austrag zu bringen, das zeigte sich am Sonnabend mittig in der Finanzkommission. Die Finanzkommission ist über der Brantweinsteuer. Die Beratung der weitwichtigen und komplizierten Vorlage wird noch drei bis vier Sitzungstage in Anspruch nehmen. Da erhebt sich zum Schluß der Sonnabend-Sitzung der Abg. Roschke und beantragte, die Weiterberatung der Brantweinsteuervorlage zu unterbrechen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die konservative Resolution zu legen, die von der Regierung die Einführung der Wertzuwachssteuer verlangt.

In der heftigen Geschäftsordnungsdebatte, die sich über das Verlangen der Konservativen entspinnt, wird ihnen deutlich gesagt, daß sich ihr Vorgehen als Obstruktion und Verschleppungsmanöver qualifiziert; wer aber gleichwohl noch nicht begriffen hätte, wozu die Reife führen soll, der hätte es am Verhalten des Zentrums erkennen müssen; das Zentrum, das jede Gelegenheit ergreift, Bismarck ein Bein zu stellen, und der Regierung Schwierigkeiten zu machen, griff mit beiden Händen zu und unterstützte das konservative Verlangen, und schließlich wurde auch mit Hilfe des Zentrums und der Antisemiten der konservative Geschäftsordnungsantrag angenommen mit der kleinen Einschränkung, daß erst noch der in Beratung befindliche Abschnitt des Brantweinsteuergesetzes erledigt werden soll.

Die Regierung hat noch keine feste Stellung zu dem konservativen Antrag genommen, wenigstens schweigt sich die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ bisher vollständig aus. Dagegen bringt der „Reichsbote“, in dem sehr häufig Ansichten abgelagert werden, die aus der Nähe der Regierung stammen, eine lange Polemik gegen den Gedanken der Reichswertzuwachssteuer. Die Wertzuwachssteuer sei für die Gemeinden, nur die Gemeinden könnten die Schwankungen ertragen, denen eine solche Steuer ausgesetzt sind, und nur durch die Gemeinden würden die Voraussetzungen geschaffen, auf denen sich die Wertsteigerung der Immobilien aufbaut. Die ländlichen Grundbesitzer würden sich übrigens sehr lebhaft gegen eine Besteuerung des Wertzuwachses wenden. Für sie habe der Wertzuwachs keine praktische Bedeutung. Der konservative Antrag habe außerdem den Ertrag der Steuer für das flache Land zu hoch veranschlagt und daselbst gelte von der Zuwachssteuer auf Wertpapiere, da nur Aktien oder Dividendenpapiere in Betracht kommen und deren Kurswert großen Schwankungen unterworfen sei, so daß die Feststellung des Zuwachses sich sehr schwierig gestalte. Häufig komme es sogar vor, daß die Besitzer solcher Wertpapiere durch Sinken ihres Kurswertes große Verluste erleiden. Der konservative Antrag wolle mit dem Ertrag der Zuwachssteuer nicht nur den Anfall der Licht- und Inferantensteuer, sondern auch der Erbschaftssteuer decken. Ob das möglich sei, sei sehr zweifelhaft. Die Regierung wolle bloß die Lichtsteuer durch eine Erbschaftssteuer, als welche hier allerdings auch die Wertzuwachssteuer ins Auge gefaßt sei, decken.

Wenn das auch keine offizielle Regierungserklärung ist, so darf doch, zusammengehalten mit der Bismarckschen Versicherung der letzten Tage, angenommen werden, daß die Regierung den konservativen Antrag bestimmt ablehnt, also sich weigert, einen Gegenschwur im Sinne dieses Antrages vorzulegen. Beharrt dann die konservative Fraktion bei der Ablehnung der Erbschaftssteuer, und das Zentrum dürfte aus leicht ersichtlichen Gründen die Konservativen darin unterstützen, so entsteht ein weiteres Loch in der Finanzreform und die Regierung ist am Ende ihres Vateins.

Was dann? — Nun, am Sonnabend wurde in den Wandelgängen des Reichstages sehr lebhaft über die Antwort auf diese Frage diskutiert und wir hörten immer wieder das Wort: Auflösung des Reichstages! Vielleicht bringt die künstlich gemachte Steuerbegeisterung der letzten Wochen Bismarck wirklich dazu, die Auflösung, als letzten Ausweg zu beschließen.

Ueber den Verlauf der Sonnabend-Sitzung der Finanzkommission geht uns folgender Bericht zu: Die preisversteuernde Gesetzgebung für Verbrauchsartikel bringt natürlich erschwerende Bedingungen für die Produktion, so auch die Steuer auf Brantwein. Die Steuererhöhung für Brantwein bleibt nicht ohne Wirkung auf die Herstellung von denaturiertem Spiritus. Darum müßte sich Sonnabend die Finanzkommission ab, die Kosten für die Produktionsverschiebungen auszugleichen. Selbstverständlich ist ihr das nicht gelungen, weil die Preisversteigerung durch Steuern Verschiebungen

in der Produktion herbeiführt, die nicht ausgeglichen werden können.

Im Brantweinsteuergesetz will man in dem Abschnitt „Vertriebsauflage“, die man neben der Verbrauchsabgabe erheben will, angeblich eine Einrichtung schaffen, die den gewerblichen Zwecken dienenden denaturierten Spiritus wohlfeil machen soll. Aber das ist eine Fiktion: Je höher die Vertriebsauflage — die vorliegenden Anträge differieren zwischen 2 und 4 Mk. pro Hektoliter bei Mengen bis zu 50 Hektoliter und steigern sich bei Mengen bis 7000 Hektoliter auf 17 Mk. vom Hektoliter Alkohol — um so mehr wird der Brantwein verteuert, ohne daß eine Verwertung des denaturierten Spiritus ausgeglichen würde. Der Spiritusverbrauch wird überhaupt sehr viel mehr als bisher belastet, das bleibt der springende Punkt. Als die preisversteuernde Wirkung der Vertriebsauflage auf den Brantwein den Schnapssteuermachern vorgehalten wurde, iprezien sie sich mit dem Einwand „ethischer Momente“, die den Brantweintrunk mit hohen Steuern bekämpfen wollen, — ein Mandat, das die Ausbeutung der Massen durch hohe Steuern nicht vertuschen kann. Die Spiegelstecherei erstreckte sich bei dieser Gelegenheit in der Finanzkommission auch auf die angebliche Schonung der kleinen gegenüber den großen Brennereien und doch steht fest, daß der unausbleibliche Konsumrückgang das ganze Gewerbe treffen wird. Die Vertriebsauflage, die auch zur Vergrößerung und Ausdehnung für vergällten und ausgeführten Brantwein dienen soll, ist eine jener Verlegenheitsmittel, die schädigende Wirkung der Steuererhöhung in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Aber der angebliche Schutz der „Kleinen“ ist eben nur Spiegelstecherei und raffinierte Demagogie.

Am Schluß der Sitzung beantragte der Abg. Roschke zur Geschäftsordnung eine konservative Resolution, in der eine Wertzuwachssteuer gefordert wird, nach dem bekannten konservativen Vorschlag des Grafen Westarp sofort in der nächsten Sitzung in Beratung zu nehmen und die Beratung über die Brantweinsteuervorlage zu unterbrechen. Dagegen lehnten sich besonders die Freisinnigen und die Freikonservativen, während das Zentrum für den Vorschlag des Abg. Roschke eintrat. Dann tauchte noch der Vorschlag auf, zunächst den jetzt zur Beratung stehenden Abschnitt des Brantweinsteuergesetzes zu Ende zu führen und dann in die Beratung über die Wertzuwachssteuer einzutreten. Nach längerer Debatte, bei der die Blöckler bestig aneinandergerieten, wurde dieser letzte Antrag mit den Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Erbschaftssteuer oder Wertzuwachssteuer?

Die Konservativen haben nicht nur einen detaillierten Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer für das Reich eingebracht, die Reichstagsfraktion selbst in der „Konservativen Korrespondenz“ obenstehend noch diese offizielle Erklärung: „Nachdem sich nunmehr ungefähr übersehen läßt, wie sich die Beschlußfassung der Finanzkommission des Reichstages in Bezug auf die indirekten Steuern gestalten wird, ist der engere Ausschuss der konservativen Partei getreten in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten und hat folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuss der konservativen Partei nimmt die von Seiten des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen insolge besonderer Landesverhältnisse eingeommene Stellung zur Frage der Nachlass- oder Erbschaftssteuer zur Kenntnis. Er beschließt für die Gesamtpartei:

a) die konservative Reichstagsfraktion aufzufordern, so wie bisher, mit aller Entschiedenheit auf ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform hinzuwirken, dabei jedoch an Stelle und zum vollen Ersatz einer Ausbeutung der Nachlass- oder Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten, wogegen von der konservativen Delegiertenversammlung schon am 11. Dezember 1907 einstimmig Stellung genommen worden ist, eine Reichswertzuwachssteuer in Verbindung mit anderen geeigneten Besteuerungen vorzuschlagen.

Was die indirekten Steuern anlangt, so wird empfohlen, den Vorschlägen der Regierung, insbesondere in Bezug auf Bier, Tabak und Brantwein, im wesentlichen beizutreten.

b) dem sofort einzuberufenden Gesamtvorstand der Partei eine gleiche Beschlußfassung zu empfehlen. Das klingt alles sehr bestimmt und kann den Eindruck erwecken, als sei völlig ausgeschlossen, daß nunmehr noch ein Konservativer für eine Ausbeutung der Erbschaftssteuer eintrete. Trotzdem gibt es nicht wenige, die — führend auf die konservativen Kundgebungen im Lande — die konservativen Vorschläge nur für ein Mandat halten, um bei der schließlichen Erweiterung der Erbschaftssteuer recht glimpflich wegzukommen. Diese Auffassung führt sich u. a. auf die Erklärung, die der Generalsekretär der badiischen Konservativen — Schmidt — in einer Karlsruher Blätterversammlung vorlas, und in der sich dieser Satz befindet:

„Noch immer haben wir die Hoffnung, daß es den in Frage kommenden Faktoren möglich sein wird, eine Lösung der Schwierigkeiten zu finden, ohne daß zu einem Ausbau der Erbschaftssteuer in irgendeiner Form gegriffen werden muß. Sollte das nicht möglich sein, so würden wir, wenn auch schweren Herzens, es verstehen, wenn dem Drängen der Regierung nachgegeben und die Finanzreform in ihrer neuesten Gestalt (mit Erbschaftssteuer) angenommen würde.“

Und die freikonservative „Schlesische Zeitung“ wurde noch viel deutlicher, sie schreibt:

„In der konservativen Fraktion ist die Anzahl derer, die bereit sind, ihre Bedenken gegen die Besteuerung der an Ehegatten und Kinder fallenden Erbschaften im Interesse des großen Ganzen zurückzustellen, seit dem Ferienbeginn erheblich gewachsen. ... Für die konservative Partei ergibt sich die Lehre, den passenden Moment am aktiven Eingreifen nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Jetzt noch der Erbschaftssteuer, die zudem etwas ganz anderes ist als die Nachlasssteuer sein sollte, Widerstand entgegenzusetzen, wäre zwecklos. Jetzt muß vielmehr gerade konservativerseits alles aufgegeben werden, um die neue Steuer erträglich zu gestalten.“

Daß die Agrarier und ihre antisemitischen Verwandten mit Feuertreier den konservativen Wertzuwachssteuervorschlag aufgreifen, beweist natürlich nichts gegen die Möglichkeit, daß es doch noch bei der Erbschaftssteuer bleibt.

Gegen die Regierungssagitation für die Nachlasssteuer.

Die letzte „Konservative Korrespondenz“ vom 23. April, die die parteioffizielle Meldung bringt, daß die Nachlass- und Erbschaftssteuer unter allen Umständen abgelehnt wird, enthält auch

eine heftige Verwahrung gegen die Regierungssagitation für die Finanzreform. Es heißt darin:

„Es ist zweifellos, daß die von Seiten der Regierung neuerdings zur Durchführung ihrer Vorschläge für die Reichsfinanzreform eingeleitete und offensichtlich unterfützte Bewegung allmählich zum Teil Formen angenommen hat, die äußerst bedenklich erscheinen.“

Die Unterstellung, daß die Konservativen nur aus kleinlich-egoistischen und einseitig-personlichen Motiven gegen die Nachlasssteuer seien, mühte mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. „Eine solche Agitation ist geeignet, ein lokales Hand-in-handarbeiten der konservativen Partei mit der Regierung, zu dem wir nach Vergangenheit und Grundrissen der Partei bereit sind, ungemein zu erschweren und zugleich die Unterlagen, auf denen die Autorität der Regierung selbst beruht, zu erschüttern.“

Die Konservativen würden aber, trotz aller entgegengesetzten Auslegungen, nach wie vor ohne partielle Voreingenommenheit opferwillig und tatkräftig an dem schnellen Zustandekommen der Reichsfinanzreform mitarbeiten.

Das Zentrum und die konservative Fronde.

Das ganze Zentrum marschiert hinter den Konservativen als Dedung auf, um deren Vorgehen gegen die Erbschafts- und Nachlasssteuer zu stützen. Nicht nur der Wertzuwachssteuervorschlag wird als der ernstesten Beachtung wert gepriesen, auch die Erklärung gegen die Regierung wird begeistert applaudiert. „Es ist ein offenes ehrliches Wort“, schreibt die „Germania“ mit Bezug auf den konservativen Angriff gegen Bismarcks Stimulierungsmache, „daß die „Konservative Korrespondenz“ gegen die offiziellen Verdächtigungen richtet. Es berührt uns so wohlthuend, als die liberale Presse in widerlichen Schmeicheleien vor dem Fürsten Bismarck und in Denunziationen gegen die Konservativen sich ergeht.“ ... Aber die Liberalen sind nun einmal daran gewöhnt, die ganze Reichsfinanzreform nur vom Gesichtspunkte der Blaupolitik zu betrachten und nach taktischen Rücksichten zu behandeln.“

Die „Vossische Zeitung“ sucht Bismarck gegen die Konservativen aufzuheben und ihm nahezu legen, zu handeln, wie etwa Bismarck in solchem Falle gehandelt haben würde: Den Reichstag aufzulösen!

Die Konservativen seien doch nun aber „keine politischen Gegner des Fürsten Bismarck, sie sind in betreff der Nachlass- und Erbschaftssteuer nur anderer Ansicht als er.“ ... Der heutige Liberalismus ist durch die Blaupolitik bereits derartig degeneriert, daß er nicht nur selbst keine Grundlage mehr hat, sondern auch die Grundhaltungen bei anderen Parteien nicht versteht. ... Gegenüber diesem Tiefstand des Liberalismus stehen die konservativen Männer denn doch auf einer achtunggebietenden Höhe.“

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Konkurrenz zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb in Landwirtschaft und Industrie. In dem Artikel, den wir unter dieser Ueberschrift am Sonnabend haben erscheinen lassen, ist uns ein Versehen unterlaufen. Im Absatz 2 Zeile 9 und 10 darf es nicht heißen: Aber die Kosten steigen nicht in demselben Maße wie der Aufwand, sondern: Aber die Kosten steigen nicht in demselben Maße wie die Produktion.

Eripapiere an Diäten und Reisekosten der Beamten. Die allgemeine Kritik, die die Plasmacherei der höheren Beamten bei ihren Dienstreisen gefunden, wird nun wohl im Reich wie in Preußen einige kleine Reformversuche zeitigen. Für Preußen ist ein Erlaß in Vorbereitung, der Grundzüge für das notwendige Maß von Dienstreisen aufstellen soll. Den Chefs der Provinzialregierung und anderen Behörden soll in Zukunft eine vermehrte Kontrolle über die Zweckmäßigkeit einer Dienstreife zuzustehen.

Zur Einschränkung der Reisekosten soll der Grundpaß streng durchgeführt werden, daß die tatsächlichen Aufwendungen mit den Entschädigungen, die gefordert werden, genau in Einklang stehen. Eine Ermäßigung der Tagegelder wird nicht geplant, hingegen sollen Erstattungen für Nachtquartier nur dann geleistet werden, wenn der Beamte nicht in der Lage war, rechtzeitig an seinen Wohnort zurückzukehren. Die weitestliche Eripapiere dürfte aber durch eine Herabsetzung der Kilometergelder erzielt werden, deren Höhe erst nach endgültiger Neuorganisation der Fahrkartensteuer bemessen werden soll. Ferner sollen die Kilometergelder nur für die Wagelasse gezahlt werden, die der Beamte tatsächlich benutzt hat. Es würde sich daraus die Notwendigkeit ergeben, für jede Beamtenkategorie allgemein festzusetzen, in welcher Wagenklasse sie zu fahren hat.

Es wird angenommen, daß die ganze Frage für Preußen und das Reich reinen hässlich geregelt wird, und daß dadurch Schwierigkeiten überwunden werden, die besonders in dem Rang- und Standesdünkel liegen.

Aus dem Reichstag.

Bändlerische Muster-Arbeit. Nach einer Arbeit von fünfzehn Monaten ist die Viehuchen-Kommission des Reichstages am Freitag mit der Fertigstellung des Berichtes — beinahe fertig geworden. Mit der Ausarbeitung des Berichtes war, gleich zu Beginn der Sitzungen, der konservative Abgeordnete Siebenbürger beauftragt worden. Dieser Herr ist königlicher Oekonomierat, Mitglied der Landwirtschaftskammer, Mitglied des Bundes der Landwirte usw. Der von ihm verfaßte Bericht umfaßt eigentlich das ganze Hundert der verarbeiteten Anträge — insgesamt 60 Seiten. — Aber wie eigenartig dieser Bericht abgefaßt ist, das beweist der Umstand, daß von 5 Mitgliedern der Kommission insgesamt 9, von den Vertretern des Reichsgesundheitsrates 5, und von der Regierungsveterinäre 22 zum Teil seitenslange Korrekturen beantragt wurden! Hierdurch wurden von den 60 Berichtseiten 30 vollkommen umgeändert. Aber damit nicht genug! Abgeordneter Scheidemann stellte fest, daß für die Herren, die sich zu Korrekturen veranlaßt sahen, es gewiß nicht annehmbar gewesen sei, sich dieser Arbeit unterziehen zu müssen. Nummerhin seien sie in einer beneidenswerten Lage ihm gegenüber. Er habe mit seinen Freunden keine Korrekturen vornehmen können, weil sie für den Herrn Berichtshatter ansehnend überhand nicht in der Kommission anwesend gewesen seien. Abgesehen von einigen

Ausstellung von

ra ist der Belagerungs-
se verlaudet, der Dillib-
n bombardiert worden.

Nachbarschaft.

Lefeld, 26. April.
Sparksfalle Vielesfeld im
entlich worden:
erhaltung der für den
Vielesfeld gemeinamen
hiermit über die Ver-
1908 folgender Bericht

48 013 126,97 Mart.
8 408 761,81
1 643 265,27

58 065 154,05 Mart.
7 751 438,69

50 313 715,26 Mart.
1908 im Umlauf
(Jahre) und zwar:

8356 Stück,
4679
4378
5489
7310
4208
3634
674

ch betrug 1299 Mart.
1908 durchweg 34
gltige Verzinzung der

den bis zum Schluß
1147 Entlohnungen
im Durchschnitt auf

waren am Schluß
44,25 Mart und war
30 468 273,84 Mart
ländische Grundstücke

Inhaberpapieren (ein-
= 11,0 Prozent, auf
= 0,4 Prozent, gegen
Instituten und For-
ent, in sonstigen An-

es Berichtsjahres mit
inn betrug 243 079,72
die Wertpapiere son-
den Kursausgleichs-

gleichsverhand-
des Herrn Reichs-
mann u. Speder
Vertragsbruchs auf
5 Mart. Gegen den

Der Kaufbude R.
f Zahlung des Rest-
ellage erkennt diese
rucht jedoch Schaden-
elager ihm 3 Aben-

Belagten schwer sei
Vorstände für einen
stande, daß der Be-
lage des Tischlers

mt nicht zur Ver-
gerichtlich geeinigt
t gegen die Firma
Lohnes in Höhe von

im Betrage von
ig als an sich richtig
t nicht ausgehalten
einer Entschädigung,

gegeben wird. Der
aber bei der Firma
monatlicher Rün-

17. Dezember v. J.
a neuer Vertrag ist
halb am 31. März

ger habe erst am
e deshalb bis zum
b bleibt bei seiner

am 17. Dezember
ten am 12. Februar
ob die Kündigung

ermeister habe erst
ellage gibt die
et aber, der Ver-
entgegenzunehmen.

ten, daß der Wert-
alles angründeten
habe. Auf weiteres

u, daß die Firma
fester Mann erhalte
leiste. Daraus soll

vorstehende hält das
t wenn Klager am
er jetzigen Zeit der

er Strafe lägen, doch
erzitterer der Firma
um nächsten Ter-

il das einfach nicht
Kröger & Co., die
te tut, diesen Rat

a in g flagt gegen
auf Zahlung einer
Lichter des Be-

in Dienst und hat
er Lehrentrag
eshalb auch keine

dann gestellt wer-
ich geschlossen ist.
de Klage garnicht

Lehrmädchen -
Klger stand. Der
arl Entschädigung

t nicht mehr auf-
eben schließen die
ellage 40 Mart

gt gegen die Firma
eines Lehrgen-
de eingetragen

de Sachverhalt ist
3 Jahre als jü-
hat jedoch nicht

er schon irta ein
schlicher Vertreter
t. Da jedoch nach

Betrachtung winigt. Es sollte niemand veräumen, sich die
Entwürfe anzuheben, vor allem aber sollte kein Maler und An-
streicher diese Gelegenheit vorübergehen lassen. Ich sage An-

habe den Klager seit dieser Zeit nicht mehr als Lehrling, sondern
als Hilfsarbeiter betrachtet. Zugewandt muß jedoch Herr Vertels-
mann, daß er den Klager während der ganzen 3 Jahre mit den
Arbeiten eines Schneidelehrlings beschäftigt und sich auch
durchaus kein Gewissen daraus gemacht hat, den „Hilfsarbeiter“
mit dem Lohn eines Lehrlings abzufassen. Der Vorstehende
meint, für ihn sei es unzweifelhaft, daß der Klager Lehrling
gewesen sei und die Beflagte deshalb das Zeugnis ausstellen
müsse. Die Firma hätte eben schon damals, als der Vertrag
nicht unterschrieben wurde, die Konsequenzen ziehen müssen.
Herr Vertelsmann will ja auch schließlich das Zeugnis aus-
stellen, nur meint er, er mache sich strafbar, wenn er den Klager
als Lehrling anerkennt. Das stimmt nicht ganz. Herr
Vertelsmann hat sich längst strafbar gemacht, weil der Lehrling,
der es unterläßt, innerhalb vier Wochen nach Beginn der Lehre
den Lehrvertrag schriftlich abzuschließen, nach § 126b der Ge-
werbeordnung in eine Strafe bis zu 20 Mark genommen wird.
Die Parteien wollen versuchen, sich außergerichtlich zu einigen,
eventuell findet neuer Termin statt. — Der Arbeiter L. klagt
gegen den Dachbedermeister Nolte auf Zahlung von 3,50
Mark, welche als Krankentafelbeitrag zuviel in Abzug gebracht
sind. Der Klager hat von Anfang Januar bis Anfang März
feiern müssen, für diese Zeit hat der Beflagte das Krankengeld,
welches allerdings nur 2,60 Mark betragen soll, in Abzug ge-
bracht. Die Parteien vergleichen sich, der Beflagte zahlt dem
Klager 2,60 Mark. — Der Tischler Sch. klagt gegen den Tischler-
meister Brandt auf Zahlung des Restlohnes in Höhe von
4,08 Mark. Der Beflagte will diesen Betrag nicht zahlen, weil
Klager einen Tisch nicht richtig gearbeitet haben soll. Klager
bestreitet das und der Vorstehende spricht nach Lage der Sache
für einen Vergleich. Die Parteien möchten sich den Schaden
teilen. Der Beflagte will wohl einen Vergleich, aber er will
nichts zahlen. Der Vorstehende meint, ob der Beflagte denn bei
einem Vergleich noch was zuhaben wolle. Es wird Beweis-
erhebung beschlossen und der Vorstehende läßt Widersprüche, in
die sich der Beflagte bei Feststellung des Tatbestandes verwickelt,
ausdrücklich protokollieren. — Der Dachbeder M. klagt gegen
den Dachbedermeister Schröder auf Zahlung des rückständigen
Lohnes in Höhe von 17,55 Mark. Gegen den Beflagten
wird Verurteilungsbescheid erlassen. — Der Buchdruckerlehrling S.
klagt gegen den Buchdruckermeister Wiermann auf Auf-
hebung des Lehrvertrages und Zahlung einer angemessenen
Entschädigung. Der Klager behauptet, daß der Lehrherr das
Zuchtungsrecht in einer an Mißhandlung grenzenden Weise
übertreten habe. Der Beflagte bestreitet das. Ueber den
Sachverhalt soll Beweis erhoben werden. — Der Geschäftsführer
S. klagt gegen die Firma Friedrich Ortmann, Reklame-
und Plakat-Verwaltungs-Institut, auf Zahlung einer
Entschädigung von 170,64 Mark. Da es sich bei dem Arbeits-
verhältnis des Klägers ganz offenbar um Leistung für
männlicher Dienste handelt, wird die Klage dem Kaufmanns-
gericht überwiesen. — Die Stütze R. klagt gegen den Restaura-
teur Müller von der „Eintracht“ auf Zahlung einer Ent-
schädigung in Höhe von 31 Mark. Klagerin behauptet, sie sei
am 16. März engagiert, aber nicht eingestellt worden. Nach
den Ausführungen des Beflagten soll kein festes Engagement
vorliegen und Klagerin sei mit der Nichteinstellung zufrieden
gewesen. Es wird Beweishebung beschlossen. — Der Schlosser
Sch. klagt gegen den Fabrikanten H. Lach auf Zahlung des rück-
ständigen Lohnes und Entschädigung wegen Nichtauszahlung
der Papiere; im ganzen werden 38,50 Mark verlangt. Gegen
den Beflagten war schon einmal Verurteilungsbescheid ergangen.
Er hat dies insofern angefochten, als er zur Zahlung von mehr
als 16,92 Mark verurteilt ist. Die vom Klager gemachte Auf-
stellung soll dem Beflagten zunächst zur Erklärung in Abschrift
zugehen. Alsdann wird in einem neuen Termin weiter ver-
handelt werden.

— E. Gundlach H. G., Vielesfeld. Wir entnehmen der „Rhei-
nisch-Westfälischen Zeitung“. Dem Geschäftsbericht zufolge be-
trug im Jahre 1908 der Gewinn an Waren- und Fabrikations-
konto 418 928 Mk. (383 066 Mk.). Bei 203 861 Mk. (190 682 Mk.)
Generalabkosten und 65 495 Mk. (59 963 Mk.) Abschreibungen
verbleibt ein Reingewinn von 160 930 Mk. (144 380 Mk.). Der
am 4. Mai stattfindenden Generalversammlung soll die Ver-
teilung einer Dividende von 8 Prozent wie im Vorjahre auf das
diesmal voll dividendenberechtigte Aktienkapital von 1 300 000
Mark vorge schlagen, dem geistlichen Referendats sollen 11 441
Mark, dem Spezialreferendats wieder 10 000 Mk. zugeführt
und 17 008 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der
Vorstand bemerkt zu dem Ergebnis im Geschäftsbericht: Im
allgemeinen war die Geschäftslage in allen Abteilungen des
Betriebs ausreichend, der Geschäftsgang, besonders im zweiten
Halbjahr, war jedoch nicht annähernd so flott, als in der ent-
sprechenden Periode des Vorjahres. Die Erwartungen, welche
wir an die 1907 geschaffenen Anlagen knüpften, die haupt-
sächlich der Vergrößerung der Steindruckerei dienen, haben sich
leider bisher in dem erwarteten Maße nicht verwirklicht, da be-
sonders das Steindruckergewerbe unter der Ungunst der allge-
meinen Geschäftslage sehr zu leiden hatte. In verschiedenen
Abteilungen konnten höhere Umsätze erzielt werden, so daß nach
gewohnten Abschreibungen wieder die Verteilung einer Divi-
dende von 8 Prozent auf das diesmal voll dividendenberechtigte
Aktienkapital von 1 300 000 Mark vorge schlagen werden kann.
Von der Bilanz figurieren u. a. Debitoren mit 360 827 (312 571)
Mark, Wechsel mit 38 227 (40 359) Mk. und Kasse mit 10 984
(837 387) Mark bewertet. Kreditoren hatten 238 529 (189 190)
Mark zu fordern. Die gesamten Reserven belaufen sich nach den
diesjährigen Zuwendungen auf 130 000 Mark. Im laufenden
Geschäftsjahre sei das Unternehmen bisher genügend beschäftigt
gewesen; auch sollen zurzeit ausreichend Aufträge vorliegen.

— Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns ge-
schrieben: Heute wird Richard Wagners populärste Oper „Soh-
grin“ zum unwiderstehlichen letzten Male gegeben. „Die lustigen
Weiber von Windsor“, eine der allerbesten komisch-phantastischen
Opern, geht morgen, Dienstag, in Szene; voraussichtlich muß die
Aufsührung aus Repertoirgründen die einzige dieses beliebten
Werkes bleiben. Mittwoch kommt die Novität „Tiefenland“ und
Donnerstag „Doffmanns Erzählungen“ zur Aufführung. Am
10. Mai ist die diesjährige Opernspielzeit bereits zu Ende.

— Aufgehobener Termin. Die für Sonnabend, den 24. April,
vor dem hiesigen Schöffengerichte angelegte Verhandlung gegen
den Malermeister Schindlbauer von hier wurde vorläufig ver-
legt. Es ist wegen mehrerer Betrugsfälle angelegt, die er
als Agent gegenüber der von ihm vertretenen Glasversicherungs-
gesellschaft verübt haben soll.

— Polizeibericht. In der letzten Zeit wurden in Samborn
ergriffene Fahrräder gestohlen: Fahrrad Marke „Schwalbe“
Nr. 250 847 oder 250 814, Fahrrad Marke „Weil“ Nr. 67 664,
Fahrrad Marke „Rheinischer Cosmos“, Fahrrad Marke „Vik-
toria“, Fahrrad Marke „Tempo“, Modell 3 Nr. 34 194, Fahrrad
Marke „Motor“ Nr. 60 484, Fahrrad Marke „Phanomen“ Nr.
65 378, Fahrrad Marke „Abler“, Fahrrad Marke „Goldbr.“
Nr. 8491 A. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminal-
Polizei entgegen.

— Festgenommenen wurden drei Personen, darunter eine
Französin wegen Trunkenheit und groben Unfugs, 7 Ob-
schuldig erhielten im hiesigen Polizei-Gefängnis Unterzug.

Ausstellung von Schülerarbeiten der Handwerker- Schule zu Vielesfeld.

wo. Wenn man in diesen Tagen das städtische Museum be-
sucht, in dem die am Sonntagabend mit einer Ansprache des Herrn
Direktor Tiele eröffnete Ausstellung untergebracht ist, erblickt
man zunächst die ausgestellten dekorativen Entwürfe für Haus-
flure und Treppenhäuser, deren Anblick zu näherer und längerer
Betrachtung zwingt. Es sollte niemand veräumen, sich diese
Entwürfe anzusehen, vor allem aber sollte kein Maler und An-
streicher diese Gelegenheit vorübergehen lassen. Ich sage An-

streicher, denn diese Entwürfe zeigen, wieviel Stimmung und
dekorativer Schmuck auch durch einfachsten Anstrich und Schab-
lonenarbeit erreicht werden kann. Die Tätigkeit des An-
streichens und Schablonierens wird im allgemeinen nicht hoch
eingeschätzt. Das fürchterliche Wort „Anstricher“ treibt sein
Unwesen und hat uns das Verständnis für nützliche und gute
Handwerkstunne getrübt. Als ob mit dem Begriff „Anstricher“
die Kunst erst begänne und ein Dekorationsmaler oder An-
streicher unter allen Umständen etwas Geringeres sein müßte.
In Wirklichkeit ist es eine viel bessere Kunst, einen guten Haus-
flur zu malen, als ein schlechtes Bild.

Wieviel Hauseingänge gibt es nicht, die durch miserable
Bandschichten verunstaltet sind. Raßlos sind die Restaurations-
fälle, deren schöne Wandflächen durch dilettantenhafte Binselen
direkt zerstört, für das Auge in Stücke gerissen sind. Wir be-
obachten dies aber nicht nur in Restaurationen und Bürger-
häusern, nein, sogar in der eigentlichen Stätte der Kunst, im
hiesigen Stadttheater begegnen wir solchen groben Gleichma-
dlosigkeit. Dort hängen wir unsere Hüte und Mäntel un-
mittelbar an Burgtürnen auf. Warum sucht man, und noch dazu
mit schlechten, die Freude an wirklich guter landschaftlicher oder
figurativer Kunst verderbenden Erzeugnissen mit Gewalt fern-
zuhalten und landschaftliche Ausblicke vorzuziehen? Warum läßt
man nicht Wand eben und Fläche mit ruhigem Gewissen
flache sein. Warum will man sich verhehlen, daß man sich in
einem von festen Mauern abgetrennten Raum befindet. Gibt es
nicht zahlreiche andere viel billigere und einfachere Mittel, einen
Raum oder eine Fläche stimmungsvoll zu schmücken, ohne die
Natur des Raumes oder der Fläche zu zerstören?

Die Ausstellung der Handwerker-Schule zeigt uns solche
Mittel. Beim Anblick dieser Raumdekorationen hat auch der
Laie das Gefühl „Dier ist gut sein“. Hier wechseln ruhige
Tonflächen mit dem stillen Geffüßter lebhafter, aber immer noch
bezogener und der ganzen Raumstimmung sich unterordnender
Ornamente. Hier sehen wir, wieviel Genuß und Augenweide
eine Wand bieten kann und dabei immer noch ruhig und still
Wand und Fläche bleibt. Besonders erfreulich ist die Ver-
teilung der Ornamente an einigen Beispielen. So laufen auf
einigen Wänden die Ornamente mit den Rundbögen der Tür
und der Gemölbe. Sie schließen sich der aus rein technischer
Notwendigkeit heraus sich ergebenden Form des Mauerwerkes
an. Sie helfen den Bau mit tragen, entstehen also mit dem
ganzen Bau zusammen als ein organisches Ganzes mit zwin-
gender Notwendigkeit aus der Natur der Sache heraus.

Die Fähigkeit, eine Aufgabe, auch die geringste, zu guterleht
auch die eines einfachen Anstreichs, von großen und geunden
Geistspunkten aus zu erfüllen, kann nur durch Schulung und
gutes Beispiel ausgebildet werden. Ueber den Wert von
Handwerker- und Kunstgewerbejuden ist viel geschrieben worden.
Die bloße Erfindung einer Schule bietet allerdings für die Ge-
undung des Handwerks keine Gewähr, auf den in ihr herrschen-
den Geist kommt es an.

Mit dieser Betrachtung über die Arbeiter der Malerabtei-
lung haben wir eine gewisse Stellung genommen zu dem Geiste
der Schule und zu den Eindrücken, die uns in den übrigen
Räumen der Ausstellung erwarten. Vor allem haben wir er-
kannt, daß auch im Handwerk ein tieferer Geist liegen kann, daß
der Handwerker, der es ernst meint mit seinem Handwerk, aber
eben nur mit seinem Handwerk, innerhalb dieser Grenzen sich
ganz von selbst zum Künstler entwickelt. Von diesem Geistes-
punkte aus sollen auch die übrigen Abteilungen der Ausstellung
demnächst einer besonderen Besprechung gewürdigt werden.

Versammlungen.

Vielesfeld. Frauen- und Mädchen-Versammlung
Mittwoch, 28. April, abends 8½ Uhr, im Restaurant
„Stadt Vielesfeld“, Marktstraße 8: Vortrag des Genossen
Schred über Heinrich Heine, verbunden mit Negotiationen.
Meldungen. Soz. Verein. Dienstag, 27. April, abends
8½ Uhr: Versammlung.

* Gütersloh. 25. April. Zur Lohnbewegung der
Maurer. Wie wir bereits in der Freitag-Nummer meldeten,
wurden die organisierten Maurer und Bauhilfsarbeiter am
Donnerstag, 22. April ausgesperrt. Die Aussperrung war auf
Grund von Lohnforderungen der Gehilfen, worüber wir in Nr.
84 berichteten, von den Unternehmern abgelehnt worden, wenn
sich die Gehilfen nicht unterjährig verpflichten würden, bis zum
1. Oktober zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten. Das
letzte lehnte ab, worauf die Kündigung erfolgte, die am
22. April abgelaufen war. Wenn nun die Gehilfen in der Kün-
digungszeit noch alles verstanden, um die Aussperrung zu ver-
hindern, so haben sie damit nur bewiesen, wie ernst es ihnen
mit der Erhaltung des Friedens war. So wurde durch Rücksprache
mit dem Unternehmer Strud am 19. April noch eine Einigung
versucht. Die Lohnforderung wurde ermäßigt und der Termin
für das Inkrafttreten ebenfalls auf eine spätere Zeit vorge-
schlagen. Es hätte alles nichts. Herr Strud erklärte letzten
Endes, daß es sich die Unternehmer hätten Geld kosten lassen,
um die Sache (Aussperrung) auszuheilen und das sollte nicht
umsonst angewandt sein. Derselbe Herr antwortete schon in
der ersten Verhandlung am 3. 4. einem Arbeiter recht brüsk, als
dieser hervorhob, daß er mit dem Verdienst von 45 Pfg. schlecht
auskomme, „er“, der Arbeiter, „läge aber noch ganz auf aus“!
Herr Strud hat sich wohl durch diese Aeußerung selbst ge-
nügen gefunden.

Eingelne Arbeiter haben sich zwar zum Streikbruch verleiten
lassen, doch wird dieses auf das Ende des Kampfes ohne Be-
deutung sein. Die übergroße Zahl der Arbeiter wird aushalten
und nicht zu Krenze treiben. Zugun der Maurern und Bau-
hilfsarbeitern nach Gütersloh hat selbstverständlich zu unter-
bleiben.

* Krefeld. 25. April. Jugentgleisung. Heute
morgen 8.45 Uhr entgleiten beim Passieren der Weiche auf dem
hiesigen Bahnhofe die letzten drei Wagen des Güterzuges
Löhne-Gölland. Der mittlere von den drei Wagen wurde quer
auf die beiden Geleise geworfen, so daß der Personenzug auf
einige Zeit unterbrochen war. Erst unter Veranlassung von
Mannschaften durch einen Stützpunkt von Minden konnte ein Ge-
leise binnen zwei Stunden dem Verkehr wieder freigegeben
werden. Nachmittags 4 Uhr waren sämtliche Aufräumarbeiten
beendet und auch das zweite Geleise wieder passierbar.
Menschen und Vieh wurden nicht verletzt, da sich in dem um-
geworfenen Wagen nur Eisenmaterial befand; der Material-
schaden ist nicht bedeutend.

* Minden. 25. April. Im hiesigen Kreise ist die Genid-
farte festgestellt worden. Es sind bereits mehrere Fälle töd-
lich verlaufen.

* Lübbecke. 25. April. Jugentgleisung. Gestern abend
11½ Uhr entgleiste in der nördlichen Ausgansweiche des hie-
sigen Bahnhofs ein Güterzug. Der Materialschaden ist be-
deutend. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Lokomotiv-
führer mußte zwar unter der Maschine herangezogen werden, kam
aber mit leichten Verletzungen davon. Das Geleise ist voll-
ständig gesperrt. Der Verkehr wird durch Umfahrungen aufrecht-
erhalten.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Erfahrungen mit der bedingten Begnadigung in Deutschland.

so. Wenn auch langsam, so bringt doch immerhin in unserer
Justiz die moderne Anschauung von der sozialen Bedingtheit der
Vergehen und Verbrechen vor. Die Kriminaljustiz ist gezwungen,
Vergehen und Verbrechen als soziale Tatsachen zu werten,
wenn sie überhaupt festen Boden unter den Füßen gewinnen
will. Auch der seit 1895 in Deutschland eingeführte „bedingte
Strafaußschieß“, populär die „bedingte Begnadigung“ genannt,
ist ein Ausfluß der Anschauung, daß die unbedingte Verantwort-
lichkeit des Verbrechen für seine Taten nicht ausgesprochen wer-

den kann, sondern die sozialen Verhältnisse des Verbrechen, seine
Erziehung, Umgebung und Erziehungsbedingungen zur Tatzeit mit
in den Kreis der bei der Verurteilung zu berücksichtigenden
Tatsachen zu ziehen sind. Durch die bedingte Begnadigung soll
den Betroffenen Gelegenheit gegeben werden, sich durch tadelloses
Verhalten während der Wartzeit vollkommen zu rehabilitieren.
Seit dem 1. Januar 1903 sind unter Vermittelung des Reichs-
justizamtes zwischen den Regierungen der beteiligten Bundes-
staaten Vereinbarungen dahin getroffen, daß

1. von dem bedingten Strafaußschieß vorzugsweise Gebrauch
gemacht werden soll zugunsten von noch nicht 18 Jahre alten
Personen.

2. Personen, die schon früher Freiheitsstrafen erlitten nur in
besonderen Fällen der bedingte Strafaußschieß zugute kommen
soll.

3. Die Höhe der erkannten Freiheitsstrafe nicht grundsätzlich
in Betracht kommen soll bei der Gewährung des bedingten
Strafaußschießs;

4. das erkennende Gericht sich über den zu bewilligenden
Strafaußschieß zu äußern hat;

5. die Verwährungsfrist auf nicht weniger als auf die Dauer
der Verjährungsfrist ausgedehnt werden soll und zwar bei
Strafen, die in mindestens 2 Jahren verjähren, mindestens ein
Jahr, bei Strafen, die einer längeren Verjährung unterliegen,
auf mindestens 2 Jahre.

Dem Reichstag ist nun eine Denkschrift über die mit der be-
dingten Begnadigung gemachten Erfahrungen zugegangen. Die
Schweife erstrecken sich auf die Jahre 1899 bis incl. 1908. Die
während dieser Zeit ausgesprochenen bedingten Begnadigungen
belaufen sich auf 165 680 Fälle. Am frühesten ist Sachsen
(25. März 1895) mit der Einführung des Strafaußschießs
vorgegangen, dessen folgte am 29. Juni 1895, Preußen am 23.
Oktober 1895, Schwarzburg-Sondershausen am 31. Dezember
1895. Noch nicht allgemein in Praxis ist sie in Mecklenburg-
Strelitz und den beiden Rhen; hier macht in der früher all-
gemein und allein üblichen Weise noch der Landesherr von seinem
Begnadigungsrecht Gebrauch. Die größte absolute Steigerung
der bedingten Begnadigungsfälle weist Bayern auf (1908 =
66,1 Prozent mehr wie 1907), prozentual noch etwas größer
mit 68,3 Prozent war die Steigerung in Württemberg; in diesen
beiden größten süddeutschen Staaten haben die Justizminister
1907 noch besondere zur Anwendung der bedingten Begnadigung
aufmunternde Verordnungen erlassen. Abgenommen haben die
Fälle letztjährig in Altenburg, Coburg-Gotha und Schwarzburg-
Sondershausen.

Von den nachgewiesenen 165 680 Fällen waren am 1. Januar
1909 erledigt durch vollständige oder teilweise Begnadigung
(gute Führung) 81 964, durch Einleitung der Strafvollstreckung
(schlechte Führung) 21 230, durch Tod, Flucht oder andere Ver-
hältnisse 2658; noch unerledigt waren 59 828 = 36 Prozent der Fälle.
Da in fast 80 Prozent aller erledigten Fälle die Verurteilten sich
durch gute Führung der gänzlichen oder teilweisen Strafauß-
hebung würdig zeigten, rechtfertigt die getroffene Maßregel.

Was das Geschlecht der bedingt Begnadigten anlangt, so waren
es von je 100 in den Perioden

	Männer	Frauen
1899/1902	77	23
1903/1907	77	23
1908	74	26

Noch nicht 18 Jahre alt waren von je 100 1899/1902: 79,
1902/1907: 66 Personen. Noch nicht mit Freiheitsstrafen vorbe-
straft waren von je 100 1899/1902: 98, 1902/1907: 97, 1908: 96
Personen. Danach sind die weiblichen Verurteilten in prozentual
steigendem Maße der bedingten Begnadigung teilhaft geworden.
Die vorerwähnten Vereinbarungen der Justizbehörden hatten
eine zunehmende mildere Verteilung der über 18jährigen und der
schon vorbestraften Verurteilten zur Folge. In der weitaus
größten Mehrzahl betrafen die Fälle (1908: 79 Prozent) Ver-
urteilungen wegen Vergehen und Uebertretungen, die übrigen
21 Prozent der Fälle betrafen Verbrechen. Die Strafvol-
streckung ist ausgeübt in je 100 Fällen, wenn sie betrafen Frei-
heitsstrafen

	unter 2 Jahren	2 bis weniger als 3 Jahren	3 Jahre und mehr
1899/1902	28	57	15
1902/1907	22	53	25
1908	19	52	29

Die Gelegenheit, sich durch gute Führung die völlige Be-
gnadigung zu erwerben, ist also in erheblich zunehmendem
Maße auch den zu längeren Freiheitsstrafen verurteilten Ver-
brechern gewährt worden. 113 889 zu 2. und mehrjähriger
Freiheitsstrafe verurteilte Personen genossen von 1899 bis zum
31. Dezember 1908 die Vergünstigung der bedingten Begna-
digung, und die Erfahrung lehrt, daß mit dieser humanitären
Maßregel der menschlichen Gesellschaft jedenfalls der beste Dienst
geleistet worden ist.

Die Nachweise der wegen guter Führung vollständig oder teil-
weise Begnadigten sind dafür gute Belege. Von zeitweiligen
Schwankungen abgesehen ist die Zahl der Rückfälligkeiten stets
größer geworden. Sie betrug von je 100 Fällen bei Männern
1899/1902: 78 Prozent, 1908: 81 Prozent, bei Frauen 1899/1902:
85 Prozent, 1908: 87 Proz.; bei noch nicht 18jährigen 1899/1902:
78 Prozent, 1908: 82 Prozent, bei den älteren Verurteilten
1899/1902: 87 Prozent, 1908: 80 Prozent, 1908: 83 Prozent.
Günstig vertief die Verwährungsfrist für die bedingt Begnadigten,
die zu 2. und mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt waren in
54 845 Fällen! Wenn auch 1908 bei den zu den höchsten Frei-
heitsstrafen verurteilten Verbrechern sich gegen 1899/1902 eine
Verminderung der günstigen Fälle herausstellte — die Jahre
1904 und 1906 zeigten übrigens noch weit ungünstigere Ziffern
— so ist doch die nachträgliche gute Führung der 54 845 zu mehr-
jähriger Freiheitsstrafe verurteilten, dann bedingt begnadigten
Verbrechern schon ein alzendes Zeugnis für den sozialen Wert
des bedingten Strafaußschießs. Von diesen 54 845 Verurteilten
würden sicherlich viele in der verpumpten Atmosphäre der Ge-
fängnisse zu unbildbaren Gemohnheitsverbrechern geworden. Ge-
stehen doch erfahrene Kriminalisten selbst ein, daß die Gefäng-
nisse und Buchhäuser, wie die Dinge jetzt liegen, wahre Hoch-
schulen für Verbrecher sind. Was der Gefährdachte oder Ge-
fallene noch nicht weiß von den Verbrechertüden, das lernt er
nur zu häufig im Gefängnis oder Buchhaus von seinen er-
fahrenen Mitgefangenen. Die bedingte Begnadigung hat einen
großen Teil der zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen vor
dem Herabsinken in das Gemohnheitsverbrechertum behütet.

Vermischtes.

Erdbeben in Portugal. Lissabon, 25. April. Das vor-
gejagte Erdbeben richtete im ganzen Lande großen Schaden an.
Die Ortshaupten Benavente und Samora Correia sollen dem
Erdbeben gleich gemacht sein. In dem erstgenannten Orte sind
20 Personen, in dem zweiten 15 Personen getötet. Zahl-
reiche Personen sind verletzt. Der Ministerrat bewilligte eine
halbe Million als erste Hilfe.

Lissabon, 25. April. In Benavente hat das Erdbeben
großen Schaden angerichtet und mehrere Opfer gefordert. Birta
40 Personen sind verätzt worden. Die Bevölkerung ver-
brachte die letzte Nacht auf offenem Felde. In Samoracoreia ist
die ganze Bevölkerung verätzt. In Salaberra sind zahlreiche
Bauhäuser beschädigt, 2 Personen sind umgekommen. Truppen
sind nach den verschiedenen Ortschaften abgegangen, um sich mit
den Aufräumarbeiten zu beschäftigen. Militäranlagen
werden nach den heimgesuchten Ortschaften gesandt werden.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Völscher, beide in Vielesfeld.

Enorm billig ausgelegt!

10

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 96.

Bielefeld, Montag, 26. April 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

247. Sitzung vom Sonnabend, 24. April, 2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsitz: Dr. Niederding.
Nachdem der Bericht der Reichsschuldenkommission debattiert an die Rechnungscommission überwiesen ist, wird die Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Aenderung des Strafgesetzbuchs fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fr. Vp.): Auch wir wünschen baldige Vorlegung einer Novelle zur Milderung des Militärstrafgesetzbuchs. Mit den Milderungen der Vorlage sind wir einverstanden, doch ist der Begriff der „Notentwendung“ und noch mehr der des „geringwertigen Gegenstandes“ ein Nautischdubios. Noch mehr Bedenken haben wir gegen die neuen Bestimmungen des Verleumdungsparagraphe und des Erpressungsparagraphe. Auch wir wünschen, daß der Revolverpreß entgegengetreten wird, aber mit dem Ausschluß des Wahrheitsbeweises erreicht man das nicht. (Sehr richtig! bei den Freis.) Soll einer der Wahrheitsbeweis ausgenommen werden, wenn dem Verleumdigen eine strafbare Handlung nachgesetzt ist? Das kann doch nicht gemeint sein. Noch bedenklarer ist die Fassung des neuen § 233. Nach den Motiven könnte jede erhebliche Lohn-erhöhung, die durch Drohung mit Arbeitsentlassung erreicht ist, als Erpressung angesehen werden. Offensichtlich werden diese Bedenken in der Kommission ihre Erledigung finden. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. Dr. Kappeler (Fr. Vp.): Gegen Mißhandlungen an Kindern und Weiblichen sind drakonische Strafen am Platz. Der Schutz darf aber nicht mit dem Alter von 14 Jahren seine Grenze finden.

Abg. Dr. Hecker (Fr. Vp.): Der Gesetzesentwurf ist eine Konzeption an liberale Gedanken. Bedenken habe ich gegen den Erpressungsparagraphe. Die Begründung muß ausgemerzt werden. Die Strafen für Kindermißhandlungen könnten noch verschärft werden. Der Heckerfall, der die Öffentlichkeit so stark erregte, würde nach der neuen Fassung nicht getroffen werden. Vielleicht läßt sich eine Form finden, die auch solche Fälle einschließt. Der Gedanke des Verleumdungsparagraphe erscheint mir äußerst sympathisch und gesund. Die Revolverpreß kann vielleicht in der gewöhnlichen Weise nicht getroffen werden, hoffentlich findet sich aber bei der Reform des Strafprozesses der richtige Weg.

Abg. Dr. Hermann (Fr. Vp.): Die stärkere Bestrafung der Missethäter und der stärkere Schutz von Kindern und Tieren entspricht einem gesunden Volksempfinden.

Abg. Dr. Fankmann (Fr. Vp.): Verschiedene Redner haben eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Eltern verlangt, die ihre Kinder mißhandeln oder quälen. Wir sind durchaus damit einverstanden, die Kinder auch gegen ihre nächsten Verwandten zu schützen. Wir bitten aber, nicht zu vergessen, daß der Gang der Eltern, ihre Kinder nicht durch gutes Beispiel, sondern durch Prügel zu erziehen, durch die Prügelpädagogik der Volksschule geschützt worden ist. (Leb. Sehr richtig! bei den Soz.) Hier muß prophylaktisch vorgegangen werden. Den Lehrern muß verboten werden, Kinder zu schlagen. (Leb. Zustimmung bei den Soz.)

Mit Ausnahme der konservativen Herren war es eigentlich nur Herr Hecker, der mit einer gewissen Zärtlichkeit für den Grundgedanken des Verleumdungsparagraphe sich hier aus- sprach. Herr Hecker muß aber zugeben, daß die Sensations- lusternheit sich wesentlich in den Blättern gezeigt hat, die politisch der großen Masse des Volkes fernstehen. Die bürgerliche Presse und auch das bürgerliche Publikum, und zwar bis hoch hinauf, sind es, welche diese Lust fesseln resp. verlangen. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber trotzdem, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, so werden dann nicht die Blätter bestraft werden, die wirklich schuldig gemacht haben, sondern die oppositionellen Blätter, ins- besondere die sozialdemokratischen. Herr Hecker hat also kein Wohlwollen gegen die Regierung, welches ihn ja auch sonst aus- zeichnet, wieder einmal bei einer recht unglücklichen Gelegenheit gezeigt.

Wir werden in der Kommission danach streben, aus der Vorlage etwas Brauchbares zu machen, sehen aber überhaupt ausreißt kein dringendes Bedürfnis, die bestehenden Bestimmungen über die Verleumdungen abzuändern. Diese Punkte könnten aus der Vorlage ganz auscheiden, von den Milderungen hingegen

hoffen wir, daß sie zum Gesetz erhoben werden. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Niederding wiederholt seine gestrige Versicherung, daß es der Regierung mit der vorgeschlagenen Ausdehnung des Wahrheitsbeweises nicht darauf ankomme, hochstehende Personen zu schützen.

Abg. Kirch (Fr. Vp.): Die Fassung des Verleumdungsparagraphe in der neuen Vorlage erregt ernste Bedenken. Trotzdem halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Kommission eine einwandfreie Fassung findet.

Abg. Wölz (natl.) bedauert, daß die neue Vorlage nicht auch die Bestrafung der Prostitution regelt.

Staatssekretär Niederding: Die Beratungen über eine Aenderung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete sind noch in der Schwebe.

Abg. Senda (Folk.): Die Strafmilderungen sind uns sym- pathisch, die Verschärfung der Verleumdungsparagraphe erregen Bedenken. Es muß dem Vorstehenden überlassen sein, wie weit er den Wahrheitsbeweis zulassen will.

Abg. Kille (natl.): Meine Freunde stimmen den Vor- schritten über die Erpressung zu. Angebracht wäre es, die Stra- fen für Hausfriedensbruch zu erhöhen. Denn der Hausfriede ist nach germanischem Begriffe eines der wertvollsten Güter. (Sehr richtig!)

Das Haus vertritt sich, nachdem das Gesetz an die Justiz- kommission überwiesen worden ist.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Zweite Lesung der Novelle zum Gerichtsverfahrgesetz, zur Zivilprozeßordnung, zum Gerichtsverfahrgesetz und zur Gebührenordnung für Rechts- anwälte.)

Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom Sonnabend, 24. April, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über den Vergewaltigungsbetrieb auslän- discher juristischer Personen und den Geschäfts- betrieb außerpreussischer Gewerkschaften.

Minister Dr. Delbrück: Der Entwurf will eine In- konsequenz des bestehenden Rechts beseitigen. Die Genehmigung, die ausländische juristische Personen schon jetzt zum Erwerb von Grundstücken bedürfen, soll auch ausgedehnt werden auf den Erwerb von Bergwerkseigentum. Das ist umso mehr berech- tigt, da wir auch im übrigen das Bergwerkseigentum juristisch genau so behandeln wie Grundstücke. Die nützlichen Minera- lien bilden einen wesentlichen Teil des Nationalvermögens, und es liegt daher im allgemeinen Staatsinteresse, über das Ein- bringen ausländischer juristischer Personen in den inländischen Bergbau eine gewisse staatliche Kontrolle auszuüben. Eine völlige Ausdehnung des ausländischen Kapitals vom inlän- dischen Bergwerksbetriebe ist keineswegs beabsichtigt, und in dem Erwerb von Anteilen inländischer Gesellschaften bleiben die juristischen Personen des Auslandes unbeschränkt.

Abg. v. Kessel (kon.) beantragte, die Vorlage einer Kom- mission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dr. Sager (Fr.) äußert Bedenken vor allem gegen die Bestimmung der Vorlage, daß auch außerpreussische deutsche Gewerkschaften zum Erwerb von Bergwerkseigentum usw. der Genehmigung bedürfen sollen. In anderen Bundesstaaten be- stehen solche Beschränkungen nicht.

Abg. Lusen (natl.) schließt sich dem Antrage auf Kom- missionsberatung an. In der Kommission werde auch zu prüfen sein, inwieweit das Gesetz rückwirkende Kraft für bestehende Gesellschaften haben solle.

Abg. v. Woyna (frk.) hätte gern gewünscht, daß der Ge- setzentwurf schon einige Jahre früher gekommen wäre. Am liebsten würden wir die Vorlage en bloc annehmen, werden uns aber der Kommissionsberatung nicht widersetzen.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die Vorlesung der ersten Beratung des Antrages v. Wohlendorf-Kölpin (kon.) auf Annahme eines Ge- setzentwurfs betreffend Aenderung der Kreisord- nung für Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern,

Schlesien und Sachsen, wonach für einzelne Kreise bestimmt werden kann, daß von den für die Wahlberechtigung im Wahl- verbande der größeren ländlichen Grundbesitzer maßgebenden Mindestbeträgen an Grund- und Gebäudesteuer wenigstens die Hälfte auf die Grundsteuer entfallen muß.

In Verbindung hiermit wird beraten, einen Antrag Kron- jahn (Fr. Vp.), die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der eine Aenderung der Kreisordnung, insbesondere dahin herbeiführt, daß das Wahlrecht zum Kreistage entsprechend der vermehr- ten Bedeutung der Stadt- und Landgemeinden, sowie von In- dustrie und Gewerbe abgeändert wird; sowie endlich einen Antrag Dr. Borck (Fr.), der denselben Zweck verfolgt.

Abg. Gylling (Fr. Vp.) beantragt die Ueberweisung aller drei Anträge an die Gemeindekommission. An Hand einer Statistik des deutschen Handelstages beleuchtet Redner das Uebergewicht des Großgrundbesitzes in den Kreistagen und Bezirksausschüssen gegenüber den Städten. Dieses Ueber- gewicht sei um so ungerechtfertigter, da die Städte wesentlich mehr Steuern aufbrächten.

Abg. Sager (Fr.) begründet den Antrag Borck. Heute sitzen in den Provinziallandtagen meist Landräte. Das wider- spricht dem Prinzip der Selbstverwaltung. Ridert hat das einmal eine Verunreinigung der Provinziallandtage genannt.

Abg. Lusen (natl.) stimmt der Kommissionsberatung zu. In der Kommission könne das umfangreiche Material zu dieser Materie näher geprüft werden.

Abg. v. Woyna (frk.) betont, daß große Vorsicht bei Rege- lung dieser Frage geboten sei und bezweifelt die Richtigkeit der Statistik des Handelstages.

Abg. Thurm (Fr. Vp.) bringt einzelne Fälle zur Sprache, die das Uebergewicht der Landräte in den Kreistagen beweisen. So habe der Sorauer Kreistag für den Landrat eine sehr kost- spielige neue Wohnung und einen Pferdebestall bewilligt.

Abg. Dr. Deumer (natl.) weist die Angriffe des Abg. v. Woyna gegen die Statistik des deutschen Handelstages ent- schieden zurück. Wie wenig Herr v. Woyna über die Materie orientiert sei, gehe daraus hervor, daß er dem deutschen Han- delstag mit dem deutschen Handelsvertragsverein verwechselte habe. (Hört, hört! links.)

Damit schließt die Diskussion; die Anträge werden an die Gemeindekommission verwiesen.

Es folgt die Beratung eines Antrages des Abg. Graf Braßma (Fr.), die Regierung zu ersuchen, angesichts der gegen- wärtig in weiten Gegenden der Provinz Schlesien bestehenden Notlage durch zeitweise und baldige Herabsetzung der Eisen- bahntarife die Zufuhr von Stren- und Futterstroh zu er- möglichen.

Abg. Graf Braßma (Fr.) befragt kurz den Antrag. Eine Ausdehnung des Antrages auf andere Gebiete, wo ähn- liche Notstände aufgetreten wären, würde er mit Freuden be- grüßen.

Abg. Graf Carmer (kon.) erweitert den Antrag dahin, daß die Ermäßigung der Tarife auch für die übrigen Gebiete der Monarchie in Kraft treten soll, wo Stroharmangel besteht.

Ein Regierungskommissar befragt, daß die Re- gierung gegen Notstandstarife auf Grund der damit gemachten Erfahrungen große Bedenken habe. Die gewöhnliche Folge sei eine sofortige Preissteigerung, so daß der Nutzen mehr den Produzenten und Händlern, als den Konsumenten zugute komme. Ferner sei es schwierig, den Geltungsbereich des Notstands- gebietes abzugrenzen. Auch kämen Notstandstarife nicht nur den wirklich Bedürftigen zugute, sondern auch denjenigen, die im selben Kreise wohnen, aber keine Not leiden. Nur bei Miß- ständen infolge von elementaren Naturereignissen seien bisher Notstandstarife gewährt worden. Im vorliegenden Falle habe die Untersuchung noch nicht völlige Klarheit über die Sachlage ergeben; sie würde am Montag abgeschlossen werden. Der Antrag Carmer könne die Untersuchungen nur in die Länge ziehen.

Der Antrag Graf Braßma wird zurückgenommen, der An- trag Carmer angenommen.

Es folgen Petitionen. Eine große Anzahl von Pe- titionen werden debattelos erledigt.

Eine Petition von Handwerksmeistern verlangt Einführung der geheimen Stimmabgabe bei Landtags- und Kommunalwahlen. Die Kommission beantragt Ueberweisung der Petition als Material.

gezozen werden müßten, so geht das wiederum nur Mrs. Saltonstall an, nicht ihre Freunde. Es ist einfach eine Frage des Geschmacks.

„Es könnte aber auch eine Frage der Vorsicht sein, Kapitän Carroll!“

„Der Vorsicht?“ wiederholte der junge Mann in hochmütigem Tone.

„Jawohl!“ sagte Prince, indem er sein Pult verließ und mit den Händen in den Taschen an das Feuer trat. „Wie würden Sie die Sache ansehen, wenn der Beweis geführt werden könnte, daß Dr. West, als er in jener Nacht Mrs. Saltonstall ver- lassen hatte, nicht verunglückt und nicht vom Fieber gefallen, sondern absichtlich, mit kaltem Blute ermordet worden ist?“

Kapitän Carrolls Antlitz verriet, daß er sich der Beobachtung erinnerte, die er in Bezug auf die Unmöglichkeit gemacht hatte, und er bedurfte eines Augenblicks, um sich zu fassen.

„Und wenn nun wirklich bewiesen würde, daß kein Unglück- fall, sondern ein Mord vorliegt, was hätte das mit Mrs. Sal- tonstall oder deren Ansprüche an die Hinterlassenschaft zu tun?“

„Nichts weiter, als daß sie die einzige Personlichkeit ist, welcher des Doktors Tod unmittelbare Vorteile brachte.“

Kapitän Carroll warf ihm einen durchdringenden Blick zu, dann stand er auf. „Haben Sie mich etwa hierher gerufen, damit ich diese niederträchtige Verleumdung einer unbedachteten Frau mitanhöre?“ fragte er.

„Ich habe Sie hergerufen, Kapitän Carroll, um Ihnen die Beweismittel zu nennen, deren man sich möglicherweise bedienen wird, um Dr. Wests Testament umzuwickeln und die Hinter- lassenschaft dem rechtmäßigen Erben zuzuwenden. Ob Sie die- selben hören wollen oder nicht, ist Ihre Sache, ich muß Sie jedoch darauf hinweisen, daß Ihnen jetzt die letzte Möglichkeit gegeben ist, die Sachlage unter vier Augen zu besprechen, um die- selbe der Ihnen befreundeten Dame mitzuteilen. Was mich be- trifft, so habe ich keine persönliche Meinung über das Vorge- fallene; ich mache Sie nur darauf aufmerksam, wie andere darüber urteilen werden. Man wird sagen, daß Dr. West dazu bereitet worden ist, in gleichwärtiger Weise zugunsten der Mrs. Saltonstall zu testieren; man wird darauf hinweisen, daß er sich, nachdem dies geschehen, kurz vor seinem Tode von dem Dasein seines Sohnes und Erben überzeugt und eine Zusammen- kunft mit demselben gehabt. Doch er am Abend, nachdem dies Wiedersehen stattgefunden — worüber sich in seinem Taschen- buche eine Notiz befindet, welche die Identität seines Sohnes außer Zweifel stellt — Mrs. Saltonstall besucht hat und daß er, eine Stunde, nachdem er ihr Haus verlassen, tödlich ermor- det worden ist. Dies sind die Tatsachen, mit denen Mrs. Sal- tonstall zu rechnen hat. Doch ich keine Meinung über die An- gelegenheit habe, sagte ich Ihnen schon. Ich weiß aber, daß die Unterbrechung des Doktors mit seinem Sohne durch Zeugen be- stätigt werden kann, weiß, daß für den Mord Beweis vor- liegen und daß man dem Mörder auf der Spur ist. Außer-

Maruja.

Roman von Francis Bret Harte.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Auguste Scheide.

Zehntes Kapitel.

Die Regenzeit war früh eingetreten; die letzten drei Wochen trockener Sommerhitze hatten dem weiten Tale das Lebensblut ausgezogen und die dünnen Weizenhalme auf dem Grobe Dr. Wests raffelten wie Totenkränze.

Dem Kalaste Madins hatten Wind und Sonne bedenkliche Sprünge und Risse beigebracht, so daß er auslief, als ob es ge- raten wäre, ihn wieder in die Spielzeugschachtel zu verpacken, aus welcher er herausgenommen war. Der wütende Regen- sturm, der aus Südwesten hereinbrach, hatte ihn geradezu un- bewohnbar gemacht. Die pomphaften Möbel der Gesellschafts- räume wurden in wasserdichte Ueberzüge gehüllt; das Ge- wächshaus verwandelte sich in ein Aquarium und die Seitzjer- brücke im Stallhofe führte über einen wirklichen Kanal. Nur das Billardzimmer, das Schlafgemach des Hausherrn und sein Bureau waren unberührt geblieben.

In dem letzteren lag an einem stürmischen Nachmittage Mr. Prince in eifriger Arbeit über seinen Büchern und Papieren. Sein Wagen stand, mit Schmutz bespritzt, im Hofe, wie er eben von der Eisenbahnstation gekommen war, und der Rauch- geruch frisch angezündeter Feuer verriet, daß sich das Haus nur zu einem flüchtigen Besuch seines Eigentümers geöffnet hatte.

Auf den Fußschlag eines Pferdes, der sich im Hofe hören ließ, folgten Schritte im Gange und gleich darauf erschien ein Diener, welcher Kapitän Carroll bei seinem Herrn einführte. Der Offizier zog seinen Ueberrock nicht aus, sondern blieb, mit der Dienstmütze in der Hand, mitten im Zimmer stehen.

„Ich hatte Sie von der Station mitnehmen können, wenn Sie des Reges gekommen sind“, sagte Prince. „Bin eben erst herübergefahren.“

„Ich wollte lieber reiten“, gab Carroll kurz zur Antwort. „Sagen Sie sich ans Feuer“, bat Prince, auf einen Stuhl deutend, „trocknen Sie sich.“

„Ich danke Ihnen, unfer Zusammensein zu verlängern, muß ich Sie bitten, mir über den Zweck desselben genaueren Aufschluß zu geben“, sagte Carroll abweisend. „Sie haben mich aufgefordert, hierherzukommen, um wegen gewisser Papiere, welche ich vor einigen Monaten ihrer rechtmäßigen Eigentümerin über- mittelte, Rücksprache zu nehmen. Sollten Sie beabsichtigen, dieselben wiederzufordern oder auf Verhältnisse zurückzukom- men, welche der Vergegenheit anheimfallen müssen, so sehe ich mich genötigt, jede weitere Verhandlung abzulehnen.“

„Da es handelt sich um die Papiere und Sie selbst mögen ent- scheiden, ob dieselben der Vergegenheit anheimfallen sollen. Es

ist nicht meine Schuld, daß die Angelegenheit so lange ver- zögert wurde. — Sie sind erst gestern von einer dienstlichen Inspektionsreise zurückgekehrt, waren mithin nicht eher herbei- zukommen.“

Carroll warf Prince einen kalten Blick zu, ließ sich dann, ohne den Ueberrock auszuziehen, in einen Stuhl sinken und streckte seine hohen Reiterstiefel dem Feuer entgegen. Während er so dem Hausherrn sein Profil zulegte, fiel es diesem auf, daß der Kapitän älter und ernster ausah, als bei ihrem letzten Zusammenstreffen, und daß sein Gesicht bagerer geworden war, als man der Inanspruchnahme des Dienstes zuschreiben durfte. „Bei Ihrem letzten Besuch im vergangenen Sommer“, begann Prince, indem er sich über sein Pult beugte, „brachten Sie mir eine Nachricht, welche mich selbst wie auch viele andere aufs höchste überraschte: Ich meine die Nachricht, daß Dr. West seine Bestimmung Mrs. Saltonstall zediert hatte. Es konnte dagegen kein Widerspruch erhoben werden; die Sache erschien wie eine einfache geschäftliche Verfügung, die keines Menschen Rechte verletzte. Einige Tage später wurde dann auch das Testament des Doktors eröffnet, in welchem dieselbe Dame zur alleinigen Erbin der gesamten Hinterlassenschaft ernannt war. Auch das ließ sich nicht anfechten, denn allem Anschein nach waren ge- schäftliche Erben nicht vorhanden. Seitdem hat sich jedoch heraus- gestellt, daß ein solcher Erbe da ist und zwar in der Person seines Sohnes. Da nun aber in dem Testamente von dem Dasein desselben nicht die Rede ist — eine schwere Veräußerung von seiten des Doktors — so wird von dem Geheime angenommen, daß diese Veräußerung auf einem Vergeßens beruht, und der Sohn tritt in alle seine Rechte, als ob kein Testament vorhanden wäre. Mit anderen Worten: Hätte der Doktor seinem Taugenichts von Sohn eine Hundertdollarnote vermacht, so wäre damit der Be- weis gegeben, daß er sich desselben erinnert: da er dies nicht getan, tritt die gesetzliche Annahme des Vergeßens in Kraft und das Testament ist ungültig.“

„Es scheint mir, als hätten sich um diese Frage mehr die Ab- volaten als die Freunde der Mrs. Saltonstall zu kümmern“, sagte Carroll in kaltem Tone.

„Verzeihen Sie — darüber mögen Sie selbst entscheiden, nachdem dies alles gehört haben — Wie Sie wissen, sind Dr. Wests Bestellungen für den Fall seines Todes — durch Pension sowohl wie durch testamentarische Verfügung — nicht seinem gleichmäßigen Erben, sondern einer fremden Personlichkeit be- stimmt. Das wird vielen seltsam erscheinen und die einzige Erklärung dafür ist, daß sich der Doktor hierlich in die Witwe verliebt hatte und daß er sie, wenn er länger am Leben geblieben wäre, aller Wahrscheinlichkeit nach geheiratet hätte.“

Mit der unbefangenen Erinnerung, daß ihm Maruja die Be- ziehungen ihrer Mutter zu Dr. West in derselben Weise erklärt hatte, gab Carroll ungeduldig zur Antwort:

„Wenn Sie meinen, daß die persönlichen Verhältnisse der beiden durch einen Prozeß über die Hinterlassenschaft vor Gericht



neralversammlung be-
einem Hoch auf die
ten.

hrer der freireligiösen
en Schulbehörden ha-
ni dieses Amt.

Bewegung.

Stuttgart hat die
zu einem Bau-
abgelehnt.

sehr vorrichtiger Herr
Altienbrauereigesell.
schreiben beweist:
inde, 17. April 1909.

m Stellung bemerken,
age, ob Sie demselben
piger und charakterlich
st. dem Sozialistischen

Brauer, und fast alle
sch der Brauerei
ubiges Schaf zwischen
n während, begrüße

ergebenst
Albert Danthoff.

nt, inwieweit die Kon-
serbänden" angeblich
wir nicht, vermuten
ründlich ist. Er wird
er fragen, obgleich er
nicht einsteht. Seine
bis 22. Mt. Vohn, an-
rungen an die Schul-

Schiffsmaschinenge-
werden nach Hei-
rner um) ge-
sängers und anderen
arbeiter ausgespart
des äußerlich rüh-
m geringfügige Dis-
e. Metallarbeiter zur
ung ist streng fernzu-

gewerbe im rheinisch-
al wieder, sich an den
beschoß der Bund,
die Bühne der Sol-
nürzung ist zwar in
durchgeführt worden.
Dort in und, Ge-
ntitanden. In der
leben in Kündigung;
Schneider gefolgt,
eine große Anzahl
bedingten Wohnraum
verlangen viele kleine
kleinen Meister, die
haben, sind froh, daß
zum alten Lohn
Arbeitgeber" für das
wir schon mitteilten,
er auszuwerten. Für
eine längere Aus-
bedeuten. In den
mmen laut, die drin-
führen. Ein größerer
Prozent der Mit-
Auswertung Abhand-
liger Firmen haben
haber" haben die in
den Lohnsätzen wieder
arbeiten. Die Ar-
mit aller Energie
es zu einer größeren
in Betracht kommen-
r bei 221 verjagt

enndorf (Provinz
den Ausstand ge-

eger für dieses Drama
vom 15. Januar 1850:
werk nennen kann, sel-
historische Novelle, die
me — sie behandelt

die Wahnebene,
suführer Catilina der
t. So verhielten sich
— Ein Rebell steht in

auch für den älteren
Gedichte, das aus dem
nisierte Schwester seiner
übertragung:

n.
esches Schloß,
nen Zimmern,
wollig,
n und funkeln.

licht,
h,
wingen,
en Tage —
a da rückwärts?

leer und hoch,
bellagt,
s erfüllt ist

Boeske.
flattert,
Augen
träumt,
len Gesinnst.

geendet,
hen,
r Seele entzündet —
schen.

und Rum.
en Sinnen,
es Denken,
eine Brust fällt —
ounier,
en Unter."

it auch noch zwei aus
chte Abens an seine
und Bärtigkeit erfüllt

In der Maschinenfabrik Budan A.-G. sind den Arbeitern
sämtlicher Dienste andauernd Abzüge an den Abfordrungen ge-
macht worden. Vor wenigen Tagen verlangte nun die Be-
triebsdirektion, daß sie sich weiter einen allgemein vorzunehmenden
Abzug von 10 bis 20 Prozent gefallen lassen sollten. Die
Arbeiter lehnten sich gegen diese Zumutung auf und verlangten,
daß die ohnehin schon stark herabgesetzten Löhne in alter Höhe
bleiben. Die Firma bestand jedoch auf ihrem Ansinnen und
drohte mit Entlassung. Es kam deshalb zur Arbeitsnieder-
legung. Die Betriebsdirektion wandte sich nun an ihre in der
Zweigabteilung Sudenburg beschäftigten Arbeiter, hoffend, daß
hier die Streikarbeit angefertigt wird, weil in der Gießerei
dieses Wertes eine Anzahl Gelder sich befindet. Diese lehnten
aber die Verrichtung derselben ab und legten mit den organi-
sierten Kollegen gemeinsam die Arbeit nieder. Vermutlich wer-
den jetzt Arbeiter aus außerhalb gesucht. Zugang von Formern
und Gießereiarbeitern nach Budan ist deshalb fernzuhalten.

Wieder ein Vorstoß der rheinisch- westfälischen Bauunter-
nehmer. Die obligatorischen Arbeitgeber-Arbeitsnachweise, deren
Einführung am letzten Bundeskongress beschlossen worden, sollen
am 26. April in allen Orten in Kraft treten, die zu dem Bezirk
des Arbeitgeberbundes gehören. Von diesem Tage ab sollen
Einfstellungen von Bauarbeitern nur durch den Nachweis er-
folgen.

Im rheinisch-westfälischen Schreinerhandwerk wurden Sonn-
abend die Gehilfen ausgespart, deren Zahl sich auf mehrere
Tausend beläuft.

Textilarbeiterstreik. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der
Firma W o e h l n, Textilfabrik in M.-Glabach, beschloßen mit
58 gegen 6 Stimmen, wegen Lohnforderungen die Kündigung ein-
zureichen. Der Textilarbeiterverband erachtet um Fernhaltung
des Auszuges.

Aus Solidarität mit den ausländischen Arbeiter in
Mailand wurde von den anderen Verbänden der General-
streik beschlossen, der Samstag nachmittag in Kraft getreten ist.

Soziales.

Organisation der Cafetiers. Am 22. April wurde in Berlin
ein Delegiertentag der deutschen Cafetiere abgehalten. Zweck des
Delegiertentages sollte sein, den bisherigen Verein der Cafetiere
Deutschlands zu einem Verband auszugestalten, und einen Zu-
sammenschluß aller Cafetiere Deutschlands herbeizuführen. Nach
längerer Debatte, in der wiederholt betont wurde, der Verband
sollte ein Gegengewicht gegen den Sturm des Publikums und der
Angestellten bilden, wurde einstimmig die Verbandsgründung
beschlossen und zum Verbandsvorsitzenden Herr Berlin, Ober-
leiter des Schriftführers und Kassierers Berlin zum
Kassierer gewählt.

Kirche und Schule.

Öffentlichkeit des Unterrichts. Für die Idee, mit den Schul-
kindern öfter aus den Klassenräumen heraus auf die Straßen,
Plätze zu ziehen, um ihnen unmittelbar aus dem Leben Anschau-
ungsunterricht zu erteilen, haben sich Fachmänner kürzlich in
folgender einstimmig gefaßten Resolution erklärt: „Der Dres-
dener Zeichenlehrerverein stellt mit Befriedigung fest, daß eine
Anzahl seiner Mitglieder ihre Klassen während der Zeichen-
stunden gelegentlich nicht bloß auf den Schulhof, sondern sogar
auf die Straße, oder ins Freie geführt haben. Er ist sich der
Schwierigkeiten, die dem Unterricht außerhalb der Schulräume
entgegenstehen, wohl bewußt. Aber er findet in einem solchen
Unterricht nicht bloß ein wirksames Mittel zur Ausbildung der
kindlichen Fähigkeiten im Leben und Darstellen, er sieht darin
vor allem eine unentbehrliche Maßnahme, die Schule mit dem
wirklichen Leben immer inniger zu verbinden. Das aber ist eine
ihrer Hauptaufgaben in der Gegenwart. Der Verein hofft, daß
öffentlicher Unterricht im angegebenen Sinne noch mehr als
bisher im Zeichen wie in anderen Fächern erteilt werde,
und wünscht aller Versuche dazu zum guten Gelingen ein ver-
ständnisvolles Entgegenkommen bei Eltern, Schulleitern und
Mitarbeitern.“

Gerichtliches.

„Bielefeld, 24. April. Strafkammer. In der Nacht
am 18. November v. J. wurde der Schuhmann Schwenker von
Minben von einer Anzahl jährender Leute, denen er Ruhe ge-
boten hatte, nicht allein beleidigt, sondern auch tätlich ange-
griffen. Das Schöffengericht hatte dann die Ergebnisse verur-
teilt und zwar den Arbeiter August Hoffmann von Minben
wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung
zu 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis, den Arbeiter Rudolf
Hoffmann zu Minben wegen Beleidigung zum Widerstand und tä-
tlichen Angriffs zu 1 Monat Gefängnis und den Arbeiter Carl
Hoffmann von Minben wegen Widerstandes und tätlichen An-
griffs zu 4 Monaten Gefängnis. Außerdem waren Hoffmann

und Rathert wegen Verübung groben Unfugs ein jeder zu
1 Woche Haft verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten alle
drei Berufung eingelegt. Die Strafkammer hielt den Völler
für nicht überführt und sprach ihn frei. Auch bezüglich der
anderen beiden wurde das erste Urteil aufgehoben; Hoffmann
erhielt wegen des Widerstandes und der Beleidigung 2 Monate
und 1 Woche Gefängnis und Rathert wegen Widerstandes zwei
Monate Gefängnis. Wegen der Verübung groben Unfugs er-
hielten Hoffmann und Rathert je 3 Tage Haft.

Aus der Nachbarschaft.

s. c. Borta, 24. April. In der Glasfabrik „Borta“
mehrten sich die Klagen der Arbeiterschaft über
hartes und ungerechtes Vorgehen der Firma. Als Anfang dieses
Jahres die Wahlen zum Arbeiterausschuß stattfanden, stellte
auch die Firma aus den Reihen der Arbeiter Kandidaten auf,
die erklärterweise nicht das Vertrauen der Mehrzahl der Be-
schäftigten besaßen und daher nicht gewählt wurden. Schon bald
nach der Wahl gingen Gerüchte im Betriebe um, daß es mit der
Amistätigkeit der neugewählten Ausschussmitglieder nicht lange
dauern würde, die Entlassung dürfte nicht lange auf sich warten
lassen. Und so kam es auch. Von den vier Gewählten sind be-
reits zwei entlassen, der dritte steht auf dem Ausstiegsbecken und
dem letzten wird ebenfalls auch nicht mehr allzu lange die Gnade
der Betriebsleitung scheitern. Wir können nicht an-
nehmen, daß die Direktion von der Entlassung der Arbeiter-
ausschussmitglieder keine Kenntnis erhalten hat, denn die Rün-
digung der Ausschussmitglieder resp. ihre Entlassung ist mit der
Namensunterkunft des Herrn Direktors Vorchardt versehen.
Dieses Vorgehen der Direktion steht auch im schroffen Wider-
spruch mit Ausrufen, die der Herr Direktor anlässlich einer
Versammlung dem Bevollmächtigten der hiesigen Zahlstelle des
Glasarbeiterverbandes gegenüber getan hat, in der er besonders
betonte, daß für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten im Betriebe
der Arbeiterausschuß eingelegt wäre. Wählen nun die Arbeiter
aber Kollegen, zu denen sie Vertrauen haben, dann blüht den
Gewählten die Entlassung. Wo und durch wen — fragen wir in
aller Bescheidenheit an — sollen die Arbeiter in Zukunft in der
Glasfabrik „Borta“ ihre nur zu berechtigten Beschwerden an-
bringen? Herr Direktor Vorchardt scheint übrigens eine ganze
Reihe von Vorkommnissen im Betriebe unbekannt zu sein.
Wollte er doch noch nicht einmal erfahren haben, daß einer der
untergeordneten Beamten die Arbeiter mit einem Gummi-
schlägel verprügelt hatte. Man sollte es allerdings nicht für
möglich halten, daß derartige heute noch passieren kann. Sollte
die Betriebsleitung nicht auch wissen, daß die entlassenen Aus-
schussmitglieder bereits im Jahrzehnt auf dem Werke beschäftigt
waren und bisher zur Zufriedenheit ihre Arbeiten ausführten?
Ist dies der Fall, dann wäre es jedenfalls Ehrenpflicht der Be-
triebsleitung, Fehler, die von ihr den Arbeitern gegenüber ge-
macht wurden, wieder gut zu machen durch Wiedereinstellung der
Entlassenen resp. Zurücknahme der Kündigungen. Willigt sie
dagegen die Protokollmachung der Arbeiter, dann ist bewiesen,
daß es der Firma in keiner Weise ernst ist mit der Einführung
einer wirklichen Arbeitervertretung im Betriebe. Nach Mit-
teilungen, die von unrichtiger Seite stammen, soll allerdings
die Entlassung zum Teil zurückzuführen sein auf die Unfähig-
keit der betreffenden Arbeiter im Konsumverein. Diese
Mitteilungen richtig, dann ist das Vorgehen der Direktion ge-
radwegs unentbehrlich. Es muß doch dem Arbeiter gestellt
sein, seine Bedürfnisse dort zu befriedigen, wo er will. Wo er
nicht, das er anständig bedient wird. Alles in allem ist nicht
zu sehen, daß das Vorgehen der Direktion als ein Akt frucht-
loser Willkür, dem nur entgegengekehrt werden kann durch
vermehrten Zusammenschluß der Arbeiter in ihren wirtschaft-
lichen und politischen Organisationen.

c. Deimold, 23. April. Stadtverordnetenversammlung.
Tagesordnung: Etat 1909. Vor Eintritt in die Tagesordnung
wurde der Verlauf des Bauplans an der Kassen- und Hermann-
straßen-Ecke zum Regierungsgebäude für 20 000 Mark in zweiter
Lesung einstimmig genehmigt, und die Zustimmung erteilt zu der
Magistratsvorlage betr. die Kanalisation der Freilichtgräbte.
Es wurde jedoch in die Beratung des Etats eingetreten.
Wir wollen uns in diesem Bericht auf die Wiedergabe der
Titel beschränken, die entweder von der Kommission beantragt
waren oder zu denen aus der Stadtverordnetenversammlung
heraus Anregungen gegeben wurden. a) Kammerrechnung A:
Kassenrechnung. b) Einnahme. Titel 3 Gemeinbe-
stern und Gebühren. Auf Antrag des Stadts. Fröhlich wird
die Beschlussfassung über die Zahl der zu hebenden Monats-
beiträge Einkommensteuer zurückgestellt. Der Etat sieht 10
Monatsbeiträge vor. — Titel 4, 9 Zinsen von der Garnison
für die städtischen Kasernen: 40 860,80 Mark. Stadts.
Fröhlich führt dazu aus, daß er schon seit 4 Jahren die Frage
stelle, wieviel die Abrechnung der neuen Kasernen gegeben sei,
er wüßte auch sehr darüber Auskunft. Vom Magistratsrat
erklärt man, daß die Abrechnung beim Rechnungshof in Berlin
sehr befriedigend, und die Abrechnung vornehmlich einiger Ir-
tümer die Höhe der Zinsen, wie sie im Etat vermerkt seien, vor-

läufig anerkenne. — Titel 6: Ueberblick des Gaswerks 50 000
Mark. Rathert Watermann erklärt dazu, daß die Summe zu
hoch sei. Der bisher erzielte Ueberblick betrage 36 000 Mark.
Den Gerüchten in der Bürgerchaft, daß auf der Gasanstalt nicht
mehr so vorteilhaft für die Stadt gewirtschaftet würde wie bis-
her, muß ich entschieden entgegenstellen. Entstanden sind die
Gerüchte durch Ausführungen in der letzten Stadtverordneten-
versammlung. Stadts. Fröhlich führt demgegenüber aus, daß
allein aus der Ammoniakfabrikation 5000 Mark mehr sich er-
geben würden, und deshalb 50 000 Mark stehen bleiben könnten.
Stadts. Fröhlich erklärt, daß nicht die Stadtverordneten an
den Gerüchten in der Stadt Schuld sind, sondern der Direktor
und der Magistrat, denn diese hätten in der Vorlage betr.
Veränderung des Gaspreises ja der Begründung die Worte voraus-
gesetzt: Die Gasanstalt macht schlechte Geschäfte. — Bei jedem
Titel die Position: „Unvorhergesehen“ zu streichen, beantragt
die Finanzkommission, damit das Staatsrecht gewahrt werde,
und für jede Ueberschreitung die Nachbewilligung eingeholt
werde. Der Magistrat erklärt sich einverstanden, wenn die Po-
sition Nachbewilligungen um die Beträge (in Summa: 12 000
Mark) erhöht wird. Das Kolleg beschließt gemäß dem Antrag
der Finanzkommission. — Titel 7, 6 Eisbahn betr. Es wird
einstimmig genehmigt, daß eine gute Eisbahn von der Stadt
geschaffen wird und der Magistrat ersucht, bei der Rentkammer
vorstellig zu werden, daß, wie es seit 100 Jahren gebräuchlich ist,
der Burggraben für den Eisport freigegeben wird. Geht
das nicht, dann soll möglichst die Inselweise zu einer Eisbahn
bergründet werden. Allgemein wurde bei dieser Position Klage
geführt, daß für Schaffung von Zummelplätzen für die Jugend
von der Stadt bisher so gut wie nichts geschehen sei, und mehr
geschehen müsse. — Titel 7, 1 Gebühren für Straßenreinigung:
18 400 Mark. Auf Antrag des Stadts. Siep wird diese Position
abgelehnt, um gemeinsam mit einer Eingabe des Grundbesitzer-
und Verkehrsvereins betr. anderweitige Regelung der Straßen-
reinigung in der Finanzkommission geprüft zu werden. —
b) Ausgabe: Titel 2 Verwaltungskosten. Es wird be-
mängelt, daß die Hilfsarbeiter so unterniedrig bezahlt werden.
Eine feste Gehaltsfestsetzung auch für die Hilfsarbeiter wird
gefordert. — Betr. des Wohnungsgeldes besteht gleichfalls eine
Unregelmäßigkeit. Der neuangestellte Wachmeister erhält 300
Mark, die anderen Beamten 200 Mark. Hiergegen richtet sich
eine Eingabe der Bureauvorsteher, die wünschen, auch 300 Mark
Wohnungsgeldzuschuß zu erhalten. Es wird beschlossen, die
Eingabe dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung bei
der Aufstellung des nächstjährigen Etats zu überweisen. —
Titel 7 Bauwesen. Stadts. Fröhlich bemängelt den schlechten
äußeren Zustand des Rathauses und bezeichnet dieses als einen
Dresdener. Wenn die benachbarten fürstlichen Gebäude noch
dreifacher ausfallen, so brauchte sich die Stadt daran kein Bei-
spiel zu nehmen. Bemängelt werden noch die hohen Beträge für
Instandhaltung der Dächer im Rathaus (400 Mark) und der
Türen und Schieber (250 Mark). Es wird beschlossen, den
Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage betr. Anfrisch des Rat-
hauses und betr. Zentralheizung vorzulegen. Stadts. Köller
hebt noch hervor, daß auch die Knaben-Bürger Schule einen er-
bärmlichen Eindruck mache. — Titel 8 Kirchen und Schulen.
Überbürdungsmeister Witzke erklärt: Die Befürchtungen, die man
gehegt hat, mit der Einführung des höheren Schulgeldes für die
höhere Mädchenschule würde der Besuch nachlassen, sind nicht
eingetroffen. Die Schülerzahl ist dieselbe geblieben. — Titel 11, 3
Zuschüsse für Vereine. Es wird beschlossen, neu einzustellen:
300 Mark für den Grundbesitzer- und Verkehrsverein. —
Titel 14 Nachbewilligungen, wird von 5000 auf 6000 Mark er-
höht. — Es wird die Beratung des Etats, da es bereits 110
Uhr ist, abgebrochen. Die laufende Rechnung wird mit Aus-
nahme der abgelehnten Positionen genehmigt. — Die außerordent-
liche Rechnung wird in nächster Sitzung beraten.

Kommunales.

Erhöhung der Straßenbahn-Fahrtpreise in Dresden. In der
Sitzung der Dresdener Stadtverordneten vom 22. April wurde
mit 45 gegen 23 Stimmen ein neuer Straßenbahntarif ange-
nommen. Durch diesen Tarif werden die Fahrten ganz wesent-
lich verteuert. Bisher galt in Dresden der 10-Pfennig-Tarif
für Fahrten in der Stadt. Jetzt soll eine Art Zonen-Tarif
eingeführt werden, der Fahrpreise bis zu 20 Pf. vorsieht. —
Die sozialdemokratischen Stadtverordneten traten mit aller
Energie gegen diese Vertierung des Verkehrs ein, erreichten
aber nur, daß in der Frage der Arbeiter-Wochenarten eine
kleine günstige Änderung getroffen wurde.

Übernahme der Wohlfahrtspolizei in städtische Verwaltung.
Das Berliner Stadtverordnetenkollegium debattierte am Don-
nerstag, 22. April, über die Frage der Übernahme der Polizei
in städtische Verwaltung. Der Ausschuss zur Vorbereitung die-
ser Frage beantragte nur Uebertragung der Wohlfahrtspolizei
an die Stadt, während die sozialdemokratischen Vertreter nach-
drücklich die Verwaltung der Gesamt-Polizei durch die Stadt
forderten und bei dieser Gelegenheit scharfe Kritik an der Ber-
liner Polizei übten. Das Stadtverordnetenkollegium beschloß
schließlich dem Antrage des Ausschusses gemäß.

Gedächtnisphänomene bei Schwachsinigen. Wir lesen in
der Wiener „Arbeiterzeitung“: Eine merkwürdige Demonstra-
tion fand in der letzten wissenschaftlichen Sitzung des Vereins
für Psychiatrie und Neurologie in Wien statt. Dr. Wismann
stellte einen schwachsinigen Knaben aus der Anstalt für schwach-
sinnige Kinder in Biedersteinsdorf vor, dessen Gedächtnis von
den anwesenden Fachärzten als phänomenal bezeichnet wurde.
Der Knabe kennt nämlich den Kalender für 1000 Jahre derart
auswendig, daß er jedes vergangene und zukünftige Datum (bis
zum Jahre 2000), jeden Namenstag usw. sofort und ohne jede
Ueberlegung nennen kann. Daß der Knabe geistig geschwächt
ist, wurde zur Zeit des Schulbesuchs bemerkt. Ursache des
Schwachsinn: Sechsz Wochen Krämpfe (heftige Krämpfe mit
Öli erzuckungen und Augenverdrängen) im Säuglingsalter. Der
Vorsitzende demonstrierte nun, in welcher Weise das Gedäch-
tnis des Knaben entwickelt ist, und stellte zu diesem Behuf eine
Reihe von Fragen an ihn. Aus den zur Verteilung gebrachten
Kalendern stellten die Anwesenden auch selbst Fragen dieser Art.
Hier ein Auszug aus diesen Fragen und Antworten:

Vortragender: Wann war der 3. Oktober 1907?
Bögling: „Der 3. Oktober des Jahres 1907 fiel auf einen
Donnerstag.“
Vortragender: Namenstag?
Bögling: „Candidus.“
Vortragender: „Der 14. Juni 1808?“
Bögling: „Der 14. Juni des Schaltjahres 1808 fiel auf einen
Dienstag.“
Vortragender: „Namenstag?“
Bögling: „Johann.“
Vortragender: „Wann ist der Aschermittwoch des Jahres
1917?“
Bögling: „Am 21. Februar.“
Vortragender: „Wie lange dauert der Fasten im Jahre
1924?“
Bögling: „58 Tage.“
Vortragender: „Wann ist Ostern im Jahre 1929?“
Bögling: „31. März.“
Vortragender: „Christi Himmelfahrt 1923?“
Bögling: „10. Mai“ usw.

In der Diskussion erklärte Dr. Insel, er habe vor einigen
Jahren in der Anstalt des Dr. Heller einen Knaben gesehen,
der den Kalender in ähnlicher Weise beherrschte; nach einer Mit-
teilung des Dr. Heller hatte er später einen latatonisch-balla-
natorischen Zustand und verblüdete gänzlich. Prof. Dr. v.
Wagner berichtete über einen jetzt 23jährigen Kretin, der zehn
Jahre in einem Zustande schauerlichen Blödsinns zu Bett ge-
legen hatte. Nach Schilddrüsenbehandlung besserte sich sein Zu-
stand sehr auffällig, und er bringt jetzt unter anderen psychischen
Leistungen eine ganz merkwürdige Gedächtnisleistung zustande.
Ohne Lesen und Schreiben zu können, kann er im Kalender jeden
beliebigen Namenstag bezeichnen, das heißt, den Tag im Ka-

lender, auf den der betreffende Name fällt. Es handelt sich bei
ihm um eine Art von Drisgedächtnis, aber von einer gewissen
Anpassungsfähigkeit; denn er findet auch in ganz verschiedenen
Kalendern, in denen die Anordnungen der Tage sehr verschie-
den ist, immer den richtigen Tag. Prof. Dr. v. Frankl-Schwarz
erklärte, sich eines jejunirigen Knaben zu erinnern, der eine
Vorliebe für Eisenbahnfahrpläne hatte. Er wußte die Abfahrts-
und Ankunftszeiten unzähliger Züge auswendig; er brauchte
einen neuen Fahrplan nur zweimal zu überblenden, um ihn aus-
wendig zu können.

Am Schluß der Sitzung berichtete Privatdozent Dr. v.
Schilder über das Ergebnis einer Ausforschung, die er an dem
phänomenalen kalendrischen Kenntnisse vorgenommen hatte.
Eine direkte Auffassung über den Mechanismus seiner Leistun-
gen ist von dem Befragten nicht zu erhalten; wenn man ihn fragt,
durch welche Methode er den Wochentag für jedes Datum finde,
so sagt er eine der hierfür existierenden Formeln her, die er aus
einem Kalender auswendig gelernt hat; es ist aber leicht
nachzuweisen, daß er sich gar nicht dieser Formel bedient. Diese
Formel vermochte ihm übrigens auch gar nicht zur Kenntnis
der Daten der beweglichen Feste und der Festtagsdauer zu ver-
helfen. Die kalendrischen Kenntnisse erstreckten sich auf die
Jahre 1000 bis 2000. Mit dem Jahre 2000 schneiden sie voll-
kommen scharf ab. Da jede Formel zur Bestimmung der
Wochentage sich ebenjenseits auf die Jahre nach 2000 wie auf die
Jahre vorher anwenden läßt, so ist daraus zu ersehen, daß sich
der Befragte überhaupt nicht einer solchen Formel bedient,
sondern daß er sich auf memoriertes Material stützt.

Prellluft als Wellenbrecher. Wir lesen in der Zeitschrift
„Prometheus“: Für den Kampf des Menschen gegen die zer-
störende Kraft der Meereswellen scheint man, nach einem Be-
richt der Zeitschrift für komprimierte und flüssige Gase, eine
neue Waffe gefunden zu haben, und zwar in der Prellluft, die
sich damit zu ihren vielen bisher bekannten Anwendungsgebieten
ein neues erobert wurde. Der Direktor Brähler der Railway-
Wägen an der englischen Küste, der bei seiner Tätigkeit auch die
alte Erfahrung machen mußte, daß selbst die stärksten Dämme
und Mauern auf die Dauer dem unausgesetzten wirkenden Einfluß
der Wellen nicht gewachsen sind, kam auf den Gedanken, an ge-
fährdeten Stellen die Bildung der Wellen nach Möglichkeit zu
verhindern bzw. eine vorhandene Wellenbewegung des Wassers
zu föhren. Als geeignetes Mittel zu diesem Zweck erschien ihm
die Prellluft, deren wellenbrechende Wirkung man angeblich
durch Zufall beim Bau eines Unterwasser-Tunnels in Newport
kennen gelernt hatte. An einigen unbedachten Stellen dieses
Tunnels entwich nämlich ein Teil der im Tunnelinnern ver-
wendeten Prellluft und trat in Form von kleinen Blasen an die
Oberfläche des Wassers. Durch diese Blasenbildungen wurden
die Schwingungen der kleinsten Wasserteilchen, die bekanntlich

die Ursache der Wellenbewegung sind, so empfindlich gestört, daß
sich oberhalb der unbedachten Stellen größere Flächen ruhigen,
von keiner Welle bewegten Wassers zeigten. Den gleichen Erfolg
erzielte man nun Brähler, indem er Prellluft in einer Rohrleitung
unter Wasser bis zu einer gewissen Entfernung vom Ufer oder
von einer zu schützenden Ufermauer, Pier usw. führte und hier
durch viele kleine Löcher im Rohr in Form von kleinen Blasen
ausströmen ließ. Die heranrollenden Wellen wurden gebrochen,
und hinter der Zone der Luftblasen blieb das Wasser völlig
ruhig. Durch diesen Erfolg ermutigt, will Brähler eine größere
Versuchsanlage errichten und an dieser besonders die günstige
Anordnung und Lage der Rohre und der Austrittsöffnungen
für die Luft studieren, die auf die Menge der verbrauchten
Prellluft von Einfluß sein werden: von dieser hängen aber natur-
gemäß die Kosten und damit die Anwendbarkeit des ganzen Ver-
fahrens ab. Ueber die Höhe der Kosten kann man wohl im
gegenwärtigen Stadium der Versuche nicht annähernd zu-
treffende Angaben machen, immerhin ist es wahrscheinlich, daß
diese Kosten sich ziemlich hoch stellen werden, so daß sich die An-
wendung der Prellluft als Wellenbrecher in der Hauptsache auf
einige besonders stark gefährdete und auf andere Weise nicht zu
haltende Uferbauten, Hafeneinfahrten, Leuchttürme usw., wird
beschränken müssen. Vielleicht kann man auch Feuerkähnen mit
Hilfe der Prellluft ein ruhiges Unterwasser sichern, und
Rettungsboote, die vom Lande aus häufig schwer oder gar nicht
durch die Brandung zu bringen sind, könnte man ein ruhiges
Fahrwasser schaffen, wenn die Rettungsstation mit einer Prell-
luftanlage ausgerüstet würde. Gelingt es aber, und das wird
die Technik mit der Zeit doch wohl erreichen, die Kraft der
Meereswellen in nutzbare Zeit umzuwandeln, die zum Antrieb
der Kompressoren, zur Erzeugung der Prellluft dienen könnte,
dann wird man der Prellluft als Wellenbrecher eine viel höhere
Bedeutung als heute beimeßen, dann würde der Mensch seinen
kleinen Triumph feiern, indem er die Kraft der einen Woge zur
Unschädlichmachung der andern benutzte.

Kg. Der ägyptische Pharos beim Auszug der Kinder Israel.
In der Rön. Gesellschaft der Medizin in London zeigte Dr.
Shattock mikroskopische Schnitte von der großen Schlagader des
Königs Menephtah, nach der biblischen Darstellung der Pharos-
nen, unter dem Auszug der Israeliten nach Ägypten statt-
fand. Die Mumie ist im Grabmal des Königs Amenhotep II.
von Theben bei Gelegenheit wissenschaftlicher Nachforschungen ge-
funden. An den Präparaten konnte Shattock deutlich die Er-
scheinung der Altersverhärtung nachweisen, ganz besonders aber
die bestehende Atherosklerose, die durch reichliche Niederschläge
von Kalkphosphat zustande gekommen war. Unsere Arterio-
slerotiker können sich also damit trösten, daß sie schon berühmte
Vorgänger vor Tausenden von Jahren gehabt haben.

asc. Kopfantheile der Einnahmen und Ausgaben einer Großstadt 1880/1907. Der Direktor des statistischen Amtes der Stadt München veröffentlicht interessante Angaben über die Steigerung der Kopfantheile der Bevölkerung Münchens an den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde seit dem Jahre 1880. Es betragen z. B. auf den Kopf der Bevölkerung in Mark

	Einnahmen	Ausgaben
Gemeinde-Grundbesitz	1880 1907	1880 1907
Gewerbl. und ähnliche Betriebe	3,10 2,41	1,11 1,09
Gemeindeumlagen	1,26 46,06	1,18 41,13
Gemeindeverwaltung	10,20 24,70	0,14 0,00
Erziehung und Bildung	0,31 0,61	2,67 5,42
Wohltätigkeit	0,96 2,07	5,90 13,23
Gesundheit	— 0,43	1,89 5,88
Sicherheit	1,86 8,57	1,91 10,51
Handel und Markterkehr	0,21 0,37	1,80 3,93
Gemeindebauwesen	4,21 3,51	3,01 3,15
Gebühren und beford. Abgaben	— 0,05	0,41 0,77
Aufschlag und Zölle	0,60 1,62	— 0,03
Aufschlag und Zölle	8,50 6,50	0,30 0,25
Kapitalien und Schulden	1,22 15,55	7,11 18,66

Gesamtsumme: 37,41 118,40 33,44 115,06

Sowohl Einnahmen als Ausgaben haben also pro Kopf der Bevölkerung eine gewaltige Steigerung erfahren, erstere von 37 auf 118 Mk., letztere von 33 auf 115 Mk., beide auf mehr als das Dreifache ihrer ursprünglichen Höhe. Von den Einnahmen sind am stärksten gestiegen die aus gewerblichen und aus gewerblichen Betrieben (1,26 auf 46,06). Diese bilden heute die wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinde, während aus den Gemeindeumlagen, die 1880 10,20 Mk. pro Kopf der Bevölkerung lieferten, 1907 nicht viel mehr als das Doppelte, nämlich 24,70 Mk. resultierten. Zurückgegangen sind die Einnahmen aus den Aufschlägen und Zöllen.

Unter den Ausgaben ragen gleichfalls die für gewerbliche und ähnliche Betriebe hervor, die von 1880—1907 eine Steigerung von 1,18 auf 41,13 Mk. erfahren. Sehr erheblich sind die größeren Aufwendungen, die die Stadt gegenwärtig für das Erziehungs- und Bildungs- und Wohltätigkeitswesen und die öffentliche Hygiene macht. Letztere, die im Jahre 1880 noch ganz in den Kinderschuhen steckte, verursachte 1907 eine Ausgabe von 10,51 Mk. pro Kopf der Bevölkerung.

Standesamts-Nachrichten.

Bielefeld. In der Zeit vom 19. bis 24. d. M. sind angemeldet:

Geburten: Söhne: Arbeiter Aug. Bergmann, Finkenstraße 41; Hilfskassendirektor Wih. Heiland, Blumenstr. 18; Drechsler Max Preuß, Mühlentstr. 12; Arbeiter Karl Hülsmann, Herm. Dohmstr. 5; Kesselfeuerer Gustav Emmer (gen. Wiemeister), Bleichstr. 223; Maurer Aug. Kaurich, Salenort 3; Schneider Philipp Feldbusch, Wünderstr. 9; prakt. Arzt Dr. med. Georg Bohndorf, Niederrstr. 2; Geschäftsführer Friedrich Twistel, Nordfeld 8; Lokomotivheizer Gustav Brünig, Mellerstr. 14; Maler Bernhard Schäfer, Kampstr. 7; Arbeiter Gustav Grieswelle, Wittertstr. 42; Arbeiter Heinrich Philipp Göhling, Blücherstr. 4; Regierungsschreiber Dr. August Bedhaus, Herforderstraße 30; Kunstmalers Richard Hübner, Gr. Kurfürstenstraße 30; Schlachtermeister Herm. Bedard, Teutoburgerstr. 37; Kaufmann Otto Dageborn, Timperley in England; Verwaltungssassistent Otto Haas, Quisenstr. 11; Schlosser Hermann Kaufmann, Sparenberg 51; Schuhmacher Heinrich Brintmann, Thielestr. 1; Werkmeister Ferdinand Handhartinger, Gabelsbergerstraße 10; Rechtsanwalt Paul Huber, Detmolderstraße 10; Millionär, Pastor Gottfried Simon, Fröbelstr. 77. Töchter: Maler Hugo Leitz, Kaiserstr. 124; Glasmacher Josef Bren, London; Schlosser Otto Berthold, Felsstr. 95; Handels-

mann Heinrich Schäfer, Spinnereistr. 15; Maschinenist Gustav Dörsberg, Sudbradstr. 22; Zugschneider Rud. Witter, Hohenollerstraße 20; Zigarrenhändler Ed. Stender, Jollenbiederstraße 1; Arbeiter Heintz Wulfsmeier, Werberstr. 121; Fabrikant Clemens Schlüter, Bleichstr. 81; Metallarbeiter Albert Krolemann, Eduard Windhorststr. 34; Kupferblechmeister und Installateur Emil Foud, Kreuzstr. 17; Bäcker Alfred Bruns, Wehreitstr. 19.

Sterbefälle: Stiftdame Auguste Potthoff, 81 J.; Alfred Schanz, 5 M.; Erna Göbert, 5 J.; Ehefrau Magazinnerwaller Viele, Anna geb. Milberg, 36 J.; verw. Tischler Engel, Luise geb. Weber, 75 J.; Bernhard Klauke, 9 M.; Uhrmacher Adolf Margraf, 26 J.; Arbeiter Herm. Alex, 51 J.; Schneider Joseph Sawig, 70 J.; Ehefrau Vertmeister Golsborn, Luise geb. Johannbode, 29 J.; verw. Bildhauer Remy, Magdalena geb. Brandner, 86 J.; Charlotte Schulz, 7 M.; Rentner Karl Sch, 74 J.; Ehefrau Arbeiter Offizant, Harne geb. Rize, 49 J.; Ziegeleibesitzer Adolf Berning, 60 J.; Leibesitzer Ludw. Nagel, 69 J.; Margarete Büling, 3 J.; Grete Wedekamp, 11 M.; Kaufmannslehrling Erich Kroz, 16 J.; Heinrich Duhnen, 12 J.; Ehefrau Arbeiter Schäfer, Dorothee geb. Brune, 36 J.; Invalidenrentenempfänger Lorenz Möller, 77 J.; Wih. Krause, 3 J.

Aufgebote: Schlosser Georg Kurzenbörfer, Gutenbergstraße 3, und Alwine Galtrop, Heelen; Schriftführer Karl Andraeg, Friederichstr. 12, und Christine Höner, Nollendstr. 25a; Rohrer Wilhelm Brinkhoff, Schilde, und Mathilde Mehan, Seepferstr. 32; Kaufmann Paul Weber, Weisenstr. 9, und Elise Edhardt, Gehrberg 16; Glasreiniger Heinrich Gerdes, Werberstraße 73, und Karoline Klamp, Finkenstr. 16; Metallschleifer Ernst Neubaus, Salenort 2, und Amanda Voggenklaus, dahlstr. 47 a; Arbeiter Heinrich Zur-Wühlen, Finkenstr. 11, und Anna Müller, Sieder; Buchdrucker Johann Unterfeld, Kreuzstraße 10, und Bernhards Krieke, Welle 36; Arbeiter Heintz Diekmann, Felsstr. 95, und Auguste Vinnenbrügger, dahlstr. 17; Arbeiter Georg Gees, Kriemhildstr. 6, und Maria Brechtel, Engerstr. 8; Leiter einer privaten höheren Lehranstalt Heintz Brademann, Bismarckstr. 1a, und Frida Südmerten, Finkenstr. 4; Arbeiter Friedrich Niemann, Siegfriedstr. 81, und Katharina Werneke, Sennelager 11; Musikleiter Wilhelm Anehaus, Cleve, und Wilhelmine Nobra, Sabowast. 16; Maschinenwärter Karl Arlt, Holländischestr. 4, und verw. Invalidenrentenempfänger Gehrner, Auguste geb. Luella, Schildestraße 17.

Eheverlobungen: Kaufmann Fritz Leue und Mathilde Gattenhorst; Eisenbrecher Karl Potthoff und Adele Finkelen; Arbeiter Paul Bentrupperbauer und Wilhelmine Wieden; Maschinenanreißer Ewald Heydenreich und Laura Steinamp; Eisenbrecher Karl Battefeld und Anne Diefenper; Tapezierer und Dekorateur Friedrich Siedendiet und Anna Schulte; Schlosser Gustav Segemann und Martha Segemann; Modellstecher Otto Neupert und Emma Horstlotte; Werkzeugschlosser Fritz Gerdes und Emma Linnenbrügger; Eisenbrecher Paul Oberfeld und Frida Werkmann; Ziegler Ernst Schneider und Emma Jadties; Verwaltungsschreiber Hugo Essar und Christine Hornung; Schlosser Julius Böttcher und Hedwig Volkmann; Monteur Wilhelm Hiffenewert und Emilie Re. Hoff; Straßenbahnführer Rudolf Bültmann und Marie Zielmann; Maurer Ernst Frommann und Alara Alchmann; Buchbinder Gottlieb Schebler und Pauline Schetelich; Eisenbrecher Julius Lein und Johanne Engelbrecht; Pastor Ernst Volter und Lydia Schröder; Bäcker Friedrich Oberg und Marie Didenhorst; Fahrradhändler Gustav Voh und Sophie Greite; Friseur Fritz Wenzel und Anna Ringhimer; Chemigraf Michael Stang und Henriette Eijgen; Kaufmann Hans Blant und Hedwig Wilhelm.

NB. Unter den Sterbefällen der vorigen Woche muß es statt: Ehefrau Steinbauer Groll, richtig heißen: Ehefrau Schloffer Groll, Anna geb. Jürgens.

Minden. Nachrichten vom 11. bis 17. April:

Geburten: Söhne: Steinheuer Schulte, Profurist Müller, Baudenkmaler Wiedemann, Bahnhofschafter Buddenbohm, Schuhmacher Vorchering, Schlachter Hopmeier, Drehturm Siefert, Tischlermeister Tewel.

Töchter: Arbeiter Schmidt (Greifenbruch 9), Lokomotivheizer Eichhoff, Arbeiter Fritschler, Lokomotivführer Barth, Schneider Krönig.

Aufgebote: Bäcker Elstermann in Bremen mit Christine Wilhelmine Luise Meier in Bremen, Hilfskassendirektor Dombach in Gifhorn mit Dorette Hermine Marie Dittlie Sued in Rees, Schuhmann Solbau in Köln mit Karoline Emilie Höbmann in Hantenberg, Arbeiter Hoffmann in Hahlen mit Marie Elisebeth Droste in Hille, Zugschneider Eberlein in Bamberg mit Katharine Edenweber in Bamberg.

Eheverlobungen: Schlachter Köhler in Schlüchtern mit Emma Melsig in Minden, Stellmacher Nahler in Hannover, mit Magdalena Heinrich in Minden, Ingenieur Kleine in Mailand mit Martha Tröter in Minden, Leutnant Drosin in Spandau mit Luise Meisel in Minden, Bauführer Werner in Dersath mit Emma Vahrenbrink in Minden, Kaufmann Niemann mit Berta Krügelmann in Minden, Schlosser Sandhof in Hannover mit Emilie Tapper in Minden.

Sterbefälle: Tochter des Kaufmanns Grote, 13 J., Tochter des Lokomotivführers Spiller, 28 J., Obermaschinenmeister Koyler, 76 J., 2 M., Baumeister Schneider, 86 J., 2 M., Wm. Marten geb. Rajke, 75 J., 8 M., Knecht Graeff aus Trille, 16 J.

Briefkasten der Redaktion.

Lippstadt. Anfragen ohne Namensangabe werden nicht beantwortet. Wie oft sollen wir das eigentlich noch wiederholen? G. K. Wenn Sie nachweisen, daß sich Ihr Einkommen um mindestens ein Fünftel vermindert hat, können Sie im Laufe des Jahres immer noch reklamieren.

Rheine. Den Ecken müssen Sie leider selbst tragen. Nr. 1000. 1. Es sind Dinger ruben vorgeschrieben. 2. Die Dinger dürfen nicht auf fremden Grund und Boden laufen. Sie können dieselben eventuell einfangen. 3. Die Hausruhe tritt um 10 Uhr abends ein.

Vereins-Kalender.

Montag. Diskussionsklub 8 Uhr im Restaurant „Stadt Bielefeld“. Männer-Gesangsverein „Einigkeit“ 8½ Uhr bei Bertmann, Bürgerweg. Berther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr bei Brünig. Güttersloh. Gesangsverein „Einigkeit“ 8½ Uhr. Tage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voh, Langestr.

Bekanntmachung.

Die königliche Eisenbahn-Verkehrsinspektion hat mit der unterzeichneten Firma S. Dreyer sen. in Bielefeld für die An- und Abfuhr der Güter- und Frachttüdgüter nach und von der Güter-Abfertigung in Bielefeld neue Gebührensätze vereinbart.

Die neue Gebührensatzordnung kann in der Güter-Abfertigung in Bielefeld, sowie bei der unterzeichneten Firma und deren Nollkutschern eingesehen werden.

S. Dreyer sen.

Bahnantlicher Nollkutschunternehmer.

Heute Montag
Dienstag
Mittwoch
Donnerstag

10000 Mtr. Waschstoffe

nur letzte Neuheiten: Musseline, Zephyr, Chemises, Musseline imit. Brokats, gelangen an diesen 4 Tagen zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

Auf Extratischen ausgelegt!

Auslage-Tisch I

Musseline, imitiert
Kattune
Chemises

zum Aussuchen
Ausnahmepreis Meter

22

Auslage-Tisch II

Musseline, imitiert
Brokats
Kattune
Faconnes

zum Aussuchen
Ausnahmepreis Meter

35

Auslage-Tisch III

Musseline, reine Wolle
Zephyr
Faconnes
Batist de lame

zum Aussuchen
Ausnahmepreis Meter

58

Auslage-Tisch IV

Musseline, reine Wolle
Elegante Zephyr
Blusenleinen
Bestickte Mülle

zum Aussuchen
Ausnahmepreis Meter

95

1 Posten

Kattun-Reste

zum Aussuchen

Meter nur

17

1 Posten bessere

Weisse Kleiderstoffe

Batist und a jourstoffe, Mülle etc.

zum Aussuchen Ausnahmepreis Meter nur

48

1 Posten

Blusen-Flanelle

nur letzte Neuheiten

Meter 1.25 und

68

1 Posten

Futter-Reste

Reversible doppelseitig
solange Vorrat

Meter

28

Gebrüder Kaufmann

BIELEFELD.

Abonnement für Bielefeld und Umgebung wie bei sämtlichen Agenten ins Haus gebracht 60 Pf. Durch die Post 1,80 Mk. vierteljährlich bezugbar. Einzelnummer 10

Ercheinung mit Ausnahme der Feiertage täglich nach

Zeitsprech-Anschluß

Nr. 97.

Die heutige

Agrarische

Die neuen Vorrichtungen reform machen, zeigen, verstehen, sich um ein Herrschaften haben. Obwohl auf Mobilien wie bereits mitgeteilt eingeführt werden, allerdings auch der werden, und daher ist wenn hier die Agrarische mit dem Gelehrten befaßt, so sieht man in dem Entwurf von mehr als 25 Jahre wegfallen. Der Pro ein Grundstück im werden, so daß, z. B. Jahren hatfindet u nur 24 Proz., im drei undzwanzigsten Jahre wie in der Begründung wird, die bei schmittlich 25 Jahre viel längere Zeit bei Jahren die Steuer die ländlichen Grund- Verzuwachsener der Steuer wäre von Ablauf muß man je Eigentümlich ist e Agrar-Korresponden, brucht hat, über den macht. Es sollen ba- zumachs von Grund- werden können. De- des dreißigsten Ann- jährlich 5,6 Milliar- von sollen auf Umf- und auf solche in st- fallen, davon rechne- Umjah von Grundst- auf den Grundst- Es heißt dann w- Bei den Groß- Immobilienwert in- Rechnen wir im glei- Grundstücke etwa 15- liche Grundstücke 5- beizwechsel zur L- fragen:

- a) bei ländlichen Grundstücken
- b) bei mittel- u. städtischen Grundstücken
- c) bei großstädtischen Grundstücken

Bei ländlichen (festgestellt) 25 Jahre- man sie bei Mittel- städten auf 10 Jahre- sch von 25 Proz. zu- lei, so würde sich n- ertrag ergeben:

- a) aus ländl. Grundstücken
- b) aus mittel- u. städtischen Grundstücken
- c) aus großstädtischen Grundstücken

Jährlicher Steuer-Er- Dieser ganzen B- Nachschüler zugun- von 50 Proz. einget- Prozent von dem A- die Deutsche Agrar- dem bereits um 50- Grundstücke gerech- Prozent. Ein einfa-

Sehen wir den fr- einem Wertzuwachs- zur Zeit des Wiede- 75 Mk., der Wertzu- sind von dem Wiede- chen Nachschüler als Wertzuwachs be- griffen. Es würde l- — der Wertzuwachs- sondern nur 600 Mk-

Aber damit haben- ren Reizen noch lang- dem Artikel ausgef- Prozent erst in 25 J- Grundstück im Durch- wechelt, bringt es d- Umjahes als Wertzu- tracht sie sich aber- Proz. erst im Laufe v- ren höchstens eine d- das sind von dem g- erhöhten Wiederverf- daher bei großstädt- 297 Millionen Mar- einem Steuerjah von- Korrespondenz berech- dern nur einen Ertr- Genjo würde sich- der Berechnung, der G-